Akademie der bildenden Künste, Wien

Bericht über die Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31. Dezember 2024

17. April 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft
10261918

Inhaltsverzeichnis

Seite

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung 4

2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses 6
2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Rechnungslegung und Rechnungsführung 6
2.2. Erteilte Auskünfte 6
2.3. Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Redepflicht des Abschlussprüfers) 6

3. Bestätigungsvermerk 7

Beilagenverzeichnis

	Beilage
Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2024	
• Bilanz zum 31. Dezember 2024	I
• Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024	II
• Angaben und Erläuterungen zum Rechnungsabschluss für das Geschäftsjahr 2024	III
Andere Beilagen	
Wirtschaftliche Verhältnisse	IV
Allgemeine Auftragsbedingungen	V

An die Mitglieder des Rektorats und des Universitätsrats der
Akademie der bildenden Künste,
Wien

Wir haben die Prüfung des Rechnungsabschlusses zum 31. Dezember 2024 der

Akademie der bildenden Künste,
Wien
(im Folgenden auch kurz „Universität" genannt),

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Mit Beschluss des Universitätsrats vom 2. September 2024 der Akademie der bildenden Künste, Wien, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2024 bestellt. Die Universität, vertreten durch den Universitätsrat, hat mit uns einen Prüfungsvertrag abgeschlossen, den Rechnungsabschluss zum 31. Dezember 2024 unter Einbeziehung der Buchführung gemäß §§ 269 ff. UGB zu prüfen.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung**.

Diese Prüfung erstreckte sich darauf, ob bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses und der Rechnungsführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (*International Standards on Auditing* – ISA). Wir weisen darauf hin, dass die Prüfung des Rechnungsabschlusses mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und aufgrund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Rechnungsabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im Dezember 2024 (Vorprüfung) sowie im **Zeitraum** von Februar bis April 2025 (Hauptprüfung) überwiegend in den Kanzleiräumlichkeiten in Wien durch. Wir haben die Prüfung mit dem Datum dieses Berichtes materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrags ist Herr Mag. Michael Schlenk, Wirtschaftsprüfer, verantwortlich.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Universität abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen herausgegebenen "Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (Beilage V) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Universität und dem Prüfer des Rechnungsabschlusses, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Prüfer des Rechnungsabschlusses gegenüber der Universität und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

2.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Rechnungslegung und Rechnungsführung

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir hinsichtlich der Buchführung die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir – soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten – die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des Rechnungsabschlusses verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

2.2. Erteilte Auskünfte

Die gesetzlichen Vertreter haben die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise erteilt und eine Vollständigkeitserklärung unterfertigt.

2.3. Stellungnahme zu Tatsachen gemäß § 273 Abs. 2 und Abs. 3 UGB (Redepflicht des Abschlussprüfers)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Prüfer des Rechnungsabschlusses haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der Universität gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs. 1 Z. 1 URG) sind nicht gegeben.

3. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Rechnungsabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den Rechnungsabschluss der

Akademie der bildenden Künste,
Wien,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr und den Angaben und Erläuterungen zum Rechnungsabschluss geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der Rechnungsabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2024 sowie der Ertragslage der Universität für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA), im Speziellen ISA 800. Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Prüfers für die Prüfung des Rechnungsabschlusses" unseres Vermerks über die Prüfung des Rechnungsabschlusses weitergehend beschrieben. Wir sind von der Universität unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns bis zum Datum dieses Vermerks über die Prüfung des Rechnungsabschlusses erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu diesem Datum zu dienen. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Prüfer des Rechnungsabschlusses gegenüber der Anstalt und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

Verantwortlichkeiten der gesetzlichen Vertreter für den Rechnungsabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Rechnungsabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Universität vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Aufstellung eines Rechnungsabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Rechnungsabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Universität zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit – sofern einschlägig – anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, die gesetzlichen Vertreter beabsichtigen, entweder die Universität zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen oder haben keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Prüfers für die Prüfung des Rechnungsabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Rechnungsabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist und einen Vermerk über die Prüfung des Rechnungsabschlusses zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Prüfung des Rechnungsabschlusses eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Rechnungsabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

In Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Prüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Prüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Anstalt abzugeben.

Auftragsverantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung des Rechnungsabschlusses auftragsverantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Mag. Michael Schlenk.

Wien

17. April 2025

KPMG Austria GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

qualifiziert elektronisch signiert:
Mag. Michael Schlenk
Wirtschaftsprüfer

Dieses Dokument wurde qualifiziert elektronisch signiert und ist nur in dieser Fassung gültig. Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Rechnungsabschlusses mit unserem Bericht zum Rechnungsabschluss darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Wird der Rechnungsabschluss in Veröffentlichungen und Vervielfältigungen nicht in der vorgeschriebenen Form wiedergegeben, ist darauf hinzuweisen und dieser Bericht darf nicht beigefügt werden. Dieser Bericht zum Rechnungsabschluss bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Rechnungsabschluss.

Akademie der bildenden Künste, Wien

Rechnungsabschluss
zum 31. Dezember 2024

Beilage I

Akademie der bildenden Künste
1010 Wien, Schillerplatz 3

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA

	EUR	EUR	Vergleichszahlen 2023 TEUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Vorteile sowie daraus abgeleitete Lizenzen	278.235,25		175
2. geleistete Kostenbeiträge	27.348.000,00		28.620
		27.626.235,25	28.795
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund, davon Grundwert EUR 2,092.000,00	4.990.213,09		5.318
2. technische Anlagen und Maschinen	71.093,81		85
3. wissenschaftliche Literatur und andere wissenschaftliche Datenträger	377.804,79		346
4. Sammlungen	704.757,59		651
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.850.126,74		2.522
6. geleistete Anzahlungen	47.739,26		130
		10.041.735,28	9.053
III. Finanzanlagen			
Wertpapiere des Anlagevermögens		6.206.635,09	1.342
		43.874.605,62	**39.190**
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
Betriebsmittel		98.652,22	78
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Leistungen	69.821,71		287
2. sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	268.157,66		731
		337.979,37	1.018
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		17.149.356,37	20.865
		17.585.987,96	**21.961**
C. Rechnungsabgrenzungsposten		**335.879,01**	**390**
		61.796.472,59	**61.541**

PASSIVA

	EUR	EUR	Vergleichszahlen 2023 TEUR
A. Eigenkapital			
I. Universitätskapital		4.784.196,90	4.784
II. Rücklagen		7.000.000,00	2.600
III. Bilanzgewinn			
davon Gewinnvortrag EUR 3.554.655,42 (31.12.2023: TEUR 3.512)		3.819.041,37	3.555
		15.603.238,27	**10.939**
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen		**31.434.466,80**	**31.446**
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen	1.453.335,99		1.680
2. sonstige Rückstellungen	7.652.977,76		6.411
		9.106.313,75	**8.091**
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	832.990,03		1.435
2. sonstige Verbindlichkeiten, davon aus Steuern EUR 333.976,57 (31.12.2023: TEUR 327) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 571.079,30 (31.12.2023: TEUR 538)	1.157.886,04		1.125
		1.990.876,07	**2.560**
E. Rechnungsabgrenzungsposten		**3.661.577,70**	**8.505**
		61.796.472,59	**61.541**

Akademie der bildenden Künste
1010 Wien, Schillerplatz 3

Beilage II/1

Gewinn- und Verlustrechnung für 2024

		EUR	EUR	Vergleichszahlen 2023 TEUR
1.	Umsatzerlöse			
a)	Erlöse auf Grund von Globalbudgetzuweisungen des Bundes	47.311.840,75		37.778
b)	Erlöse aus Studienbeiträgen	505.168,44		460
c)	Erlöse aus Studienbeitragsersätzen	0,00		0
d)	Erlöse aus universitären Weiterbildungsleistungen	0,00		0
e)	Erlöse gemäß § 27	2.041.709,98		1.848
f)	Kostenersätze gemäß § 26	1.585.782,34		1.258
g)	sonstige Erlöse und Kostenersätze	1.208.807,65		1.565
	davon sonstige Erlöse von Bundesministerien	*0,00*		*255*
			52.653.309,16	42.908
2.	sonstige betriebliche Erträge			
a)	Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	105.703,98		545
b)	übrige	2.212.650,17		2.004
	davon Erträge aus der Auflösung von Investionszuschüssen	*2.124.012,33*		*1.915*
			2.318.354,15	2.549
3.	Aufwendungen für Sachmittel und sonstige bezogene Herstellungsleistungen			
a)	Aufwendungen für Sachmittel	-244.524,08		-238
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	-236.557,34		-262
			-481.081,42	-500
4.	Personalaufwand			
a)	Löhne und Gehälter,	-22.131.612,98		-19.960
	davon Refundierung an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte EUR 1.047.572,31 (2023: TEUR 1.029)			
b)	Aufwendungen für externe Lehre	-1.120.368,77		-1.087
c)	Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen,	-263.438,25		-213
	davon Refundierung an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte EUR 0,00 (2023: TEUR 0)			
	Übertrag:	-23.515.420,00		-21.260

Akademie der bildenden Künste
1010 Wien, Schillerplatz 3

Beilage II/2

		EUR	EUR	Vergleichszahlen TEUR
	Übertrag:	-23.515.420,00		-21.260
d)	Aufwendungen für Altersversorgung,	-908.555,63		-859
	davon Refundierung an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte EUR 197.472,20 (2023: TEUR 191)			
e)	Aufwendungen für gesetzlich vorgeschriebene Sozialabgaben sowie vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge,	-4.842.357,46		-4.426
	davon Refundierung an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte EUR 56.663,40 (2023: TEUR 57)			
f)	sonstige Sozialaufwendungen,	-94.132,36		-60
	davon Refundierung an den Bund für der Universität zugewiesene Beamtinnen und Beamte EUR 0,00 (2023: TEUR 0)			
			-29.360.465,45	-26.605
5.	Abschreibungen auf immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-3.336.677,02	-3.006
6.	sonstige betriebliche Aufwendungen			
a)	Steuern, soweit sie nicht unter Z 12 fallen	-1.911,31		-1
b)	übrige	-17.415.924,82		-15.378
			-17.417.836,13	-15.379
7.	**Betriebserfolg = Zwischensumme aus Ziffer 1 bis 6**		**4.375.603,29**	**-33**
8.	Erträge aus Finanzmitteln und Beteiligungen			
a)	davon aus Zinserträgen	565.927,36		367
			565.927,36	367
9.	Aufwendungen aus Finanzmitteln und aus Beteiligungen		-135.909,66	0
10.	**Finanzerfolg = Zwischensumme aus Ziffer 8 bis 9**		**430.017,70**	**367**
11.	**Ergebnis der gewöhnlichen Universitätstätigkeit**		**4.805.620,99**	**334**
12.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-141.235,04	-90
13.	**Jahresüberschuss**		**4.664.385,95**	**244**
14.	Auflösung zu Rücklagen		0,00	0
15.	Zuweisung zu Rücklagen		-4.400.000,00	-201
16.	Gewinnvortrag		3.554.655,42	3.512
17.	**Bilanzgewinn**		**3.819.041,37**	**3.555**

Beilage III

Akademie der bildenden Künste Wien
Schillerplatz 3
1010 Wien

A N G A B E N U N D E R L Ä U T E R U N G E N

Z U M R E C H N U N G S A B S C H L U S S

per 31.12.2024

A. RECHTLICHE GRUNDLAGEN 4

B. VERMÖGENSGEGENSTÄNDE, FÜR DIE VERFÜGUNGSBESCHRÄNKUNGEN ODER ZWECKWIDMUNGEN BESTEHEN 4

C. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN 4

1. Allgemeine Grundsätze 4

2. Anlagevermögen 5
- a) Immaterielle Vermögensgegenstände 5
- b) Sachanlagevermögen 5
- c) Finanzanlagevermögen 6

3. Vorräte 6

4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände 7

5. Liquide Mittel 7

6. Rückstellungen 7
- a) Rückstellungen für Anwartschaften auf Abfertigungen und Rückstellungen für ähnliche Verpflichtungen 7
- b) Pensionsverpflichtungen 7
- c) Sonstige Rückstellungen 7

7. Verbindlichkeiten 8

8. Währungsumrechnung 8

D. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG 8

1. Erläuterungen zur Bilanz 8
- a) Anlagevermögen 8
- b) Vorräte 8
- c) Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände 8
- d) Eigenkapital 9
- e) Rückstellungen 10
- f) Verbindlichkeiten 10
- g) Passive Rechnungsabgrenzungsposten 11
- h) Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen 12

2. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung 12
- a) Umsatzerlöse 12
- b) Sonstige betriebliche Erträge, übrige 12
- c) Ergebnis aus der Tätigkeit gemäß § 26 UG 2002 12
- d) Ergebnis aus der Tätigkeit gemäß § 27 UG 2002 13
- e) Personalaufwand 13
- f) Sonstige betriebliche Aufwendungen 13

E. ANGABEN NACH BUNDES PUBLIC CORPORATE GOVERNANCE KODEX 14
- a) Beziehungen des Unternehmens zu den Anteilseignern, zu dem Rektorat sowie des Universitätsrates und deren nahestehenden Einrichtungen und Personen 14
- b) Kreditgewährungen an Organe und Mitarbeiter der Universität 14
- c) Geschäfte zwischen dem Rektorat und der Universität 14

d) Dienstleistungs- und Werkverträge von Mitgliedern des Universitätsrates mit der Universität 14
e) Vergütungen des Rektorats und Universitätsrates 14

F. SONSTIGE ANGABEN 15
a) Darstellung Kupferstichkabinett (Beilage zu den Erläuterungen und Angaben) 15
b) Darstellung Gemäldegalerie (Beilage zu den Erläuterungen und Angaben) 15
c) Personalstand 15
d) Stiftungen und Beteiligungen 16

A. RECHTLICHE GRUNDLAGEN

Der Rechnungsabschluss der Akademie der bildenden Künste Wien (im Folgenden auch als „Universität“ bezeichnet) zum 31.12.2024 wurde gemäß den Vorschriften des Universitätsgesetzes 2002 und der Rechnungsabschlussverordnung in der geltenden Fassung erstellt.

Soweit es zur Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erforderlich ist, werden in den Angaben und Erläuterungen zusätzliche Angaben gemacht.

B. VERMÖGENSGEGENSTÄNDE, FÜR DIE VERFÜGUNGSBESCHRÄNKUNGEN ODER ZWECKWIDMUNGEN BESTEHEN

Im Anlagevermögen befindet sich eine Sammlung des Kupferstichkabinetts mit einem Buchwert in Höhe von € 416.532,98 (Vorjahr: € 377.405,98), die hauptsächlich von der „Gesellschaft der Freunde der bildenden Künste“ finanziert wurde und einem Verkaufsverbot unterliegt.
Die Gemäldesammlung (7 Bilder) aus der ehemaligen Teilrechtsfähigkeit der Gemäldegalerie wird im Rechnungsabschluss mit jeweils € 1,00 pro Gemälde als Erinnerungswert ausgewiesen. Eine gesonderte Bewertung der Gemälde erfolgt nicht, da diese im Sinne musealer Gepflogenheiten des Sammelns und Bewahrens behandelt werden und daher weder verkauft noch belehnt werden können. Weiters wurden 2006 zwei Gemälde zu einem Anschaffungswert von € 110.992,00 angekauft, 2009 ein Gemälde um € 45.753,61, 2010 ein Gemälde um € 50.000,00, 2011 ein Bild um € 13.000,00, 2012 eines um € 10.000,00, 2022 ein Gemälde um € 1.000,00 und in 2024 zwei Gemälde um € 15.000.

C. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

1. Allgemeine Grundsätze

Der Rechnungsabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Universität zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Universitätsbetriebes unterstellt, da im § 12 Universitätsgesetz 2002 eine Finanzierungsverpflichtung des Bundes normiert ist.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden. Alle erkennbaren Risiken und drohenden Verluste wurden berücksichtigt.

Bei der Erstellung des Rechnungsabschlusses wurden die im Jahr 2023 angewandten Bewertungsmethoden beibehalten.

2. Anlagevermögen

a) Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten bewertet, die um die planmäßigen, linearen Abschreibungen vermindert sind. Selbst erstellte Rechte bzw. Lizenzen waren nicht vorhanden.

Folgende Nutzungsdauer wird der planmäßigen Abschreibung zugrunde gelegt:

	Jahre	Prozent
Software	3-5	20-33,3

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wurde eine volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte eine halbe Jahresabschreibung verrechnet.

In den immateriellen Vermögensgegenständen wurden im Jahr 2016 geleistete Baukostenzuschüsse an die Bundesimmobilien Gesellschaft m. b. H. in Höhe von TEUR 31.800 für die im Jahr 2017 beginnende Generalsanierung Schillerplatz verbucht. Die Universität hat in dieser Höhe vom BMBWF Mittel zur Verfügung gestellt bekommen, welche dem Charakter eines Investitionskostenzuschuss folgend auf der Passivseite im „Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen“ ausgewiesen werden und in weiterer Folge korrespondierend zur Abschreibung auf die bezuschussten Investitionen ertragswirksam aufgelöst werden. Ab Juli 2021 hat die Abschreibung des Baukostenzuschusses begonnen und wird über eine Nutzungsdauer von 25 Jahren abgeschrieben.

b) Sachanlagevermögen

Das abnutzbare Sachanlagevermögen wird zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, die um die planmäßigen Abschreibungen vermindert wurden. Geringwertige Wirtschaftsgüter bis zu einem Wert von € 400,00 wurden mit Ausnahme von EDV-Anlagen (Abschreibungsdauer 3 Jahre) im Zugangsjahr voll abgeschrieben und als Abgang behandelt.

Die planmäßige Abschreibung wird linear der voraussichtlichen Nutzungsdauer entsprechend vorgenommen. Folgende Nutzungsdauer wird der planmäßigen Abschreibung zugrunde gelegt:

	Von	bis	
Betriebs- und Geschäftsgebäude auf eig. Grund	30	30	Jahre
Investitionen in fremden Gebäuden (Mietereinbauten)	10	20	Jahre
Technische Anlagen und Maschinen	5	10	Jahre
EDV-Anlagen	3	3	Jahre
Hörsaal- und Unterrichtsraumausstattung	5	10	Jahre
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3	10	Jahre

Von den Zugängen in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres wurde eine volle Jahresabschreibung, von den Zugängen in der zweiten Hälfte eine halbe Jahresabschreibung verrechnet.

Anlagen, die im Rahmen der Generalsanierung angeschafft wurden und nach der Rückübersiedelung in der Augasse verbleiben, werden nur auf drei Jahre abgeschrieben.

Außerplanmäßige Abschreibungen und Zuschreibungen wurden, soweit erforderlich vorgenommen.

Die Bewertung von wissenschaftlicher Literatur und anderen wissenschaftlichen Datenträgern erfolgte unter Anwendung der Bestimmung des § 7 Abs 2 der Universitäten-Rechnungsabschlussverordnung – URAV. Die Nutzungsdauer beträgt insgesamt 6 Jahre.

Die „Sammlungen“ beinhalten die im Rahmen der ehemaligen Teilrechtsfähigkeit der Gemäldegalerie angeschafften Gemälde sowie die in den Jahren 2004 bis 2024 erworbenen Bilder und historischen Schriften der Gemäldegalerie und des Kupferstichkabinetts. Der Wert des Bestandes der Sammlung außerhalb dieser beiden Einrichtungen und der keiner Zweckwidmung unterliegt war zum 31.12.2024 € 18.722,00 (Vorjahr: € 18.722,00). Die Zugänge bei den Sammlungen werden zu Anschaffungskosten bewertet und unterliegen mangels Abnutzbarkeit keiner planmäßigen Abschreibung.

c) Finanzanlagevermögen

Die Finanzanlagen werden mit den Anschaffungskosten angesetzt. Wesentlichen dauerhaften Wertminderungen wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Zum 31.12.2024 war der Kurswert der Wertpapiere des Anlagevermögens € 6.210.586,67 (Vorjahr: € 1.212.729,59), der Buchwert € 6.206.635,09 (Vorjahr: € 1.342.210,46).

Anschaffungskosten Beträge in EUR	Stand 1.1.2024	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2024
Finanzanlagen				
Wertpapiere und Wertrechte des Anlagenvermögens	1.342.210,46	6.206.635,09	1.342.210,46	6.206.635,09
Summe Finanzanlagen:	**1.342.210,46**	**6.206.635,09**	**1.342.210,46**	**6.206.635,09**

Abschreibungen Beträge in EUR	Stand 1.1.2024	Zugang	Abgang	Stand 31.12.2024
Finanzanlagen				
Wertpapiere und Wertrechte des Anlagenvermögens	0.00	0.00	0.00	0.00
Summe Finanzanlagen:	**0.00**	**0.00**	**0.00**	**0.00**

Buchwert Beträge in EUR	Stand 31.12.2024	Stand 31.12.2023
Finanzanlagen		
Wertpapiere und Wertrechte des Anlagenvermögens	6.206.635,09	1.342.210,46
Summe Finanzanlagen:	**6.206.635,09**	**1.342.210,46**

3. Vorräte

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie der übrigen Betriebsmittel (Warenbestände Museumsshop) erfolgte nach dem gleitenden Durchschnittspreisverfahren unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Bei geringer Gängigkeit werden pauschal 20% der Nettoveräußerungspreise als Bewertungsmaßstab herangezogen bzw. soweit erforderlich darüber hinausgehend artikelbezogene Einzelwertberichtigungen vorgenommen.

4. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind mit dem Nennwert angesetzt. Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wird der niedrigere beizulegende Wert angesetzt. Pauschale Wertberichtigungen werden nicht vorgenommen.

5. Liquide Mittel

Die liquiden Mittel beinhalten den Kassenbestand sowie Guthaben bei Kreditinstituten.

6. Rückstellungen

a) Rückstellungen für Anwartschaften auf Abfertigungen und Rückstellungen für ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Abfertigungen sowie Jubiläumsgelder wurden nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Anwendung des Teilwertverfahrens berechnet. Als Rechnungszinssatz kommt mit 1,96 % (Vorjahr: 1,75 %) der durchschnittliche Stichtagszinssatz der letzten sieben Jahre zur Anwendung, wobei von einer durchschnittlichen Restlaufzeit von pauschal 15 Jahren ausgegangen wurde. Neben der jährlichen Gehaltsanpassung wurden auch künftige Gehaltssteigerungen mit 4,5 % berücksichtigt (Vorjahr: 6,2 %). Für Abfertigungsrückstellungen wurden – wie im Vorjahr - keine Fluktuationsabschläge angesetzt, für Jubiläumsgeldrückstellungen wurden im Berichtsjahr ebenfalls keine Fluktuationsabschläge angesetzt. Der Berechnung wurde das gesetzliche Pensionsalter zu Grunde gelegt.

b) Pensionsverpflichtungen

Für Pensionsverpflichtungen für BeamtInnen wurde keine Vorsorge gebildet, da diese von der Republik Österreich getragen werden. Gemäß § 125 Abs 12 UG 2002 hat die Universität jedoch monatlich zur Deckung des Pensionsaufwandes einen Beitrag im Ausmaß von 31,8% der Aktivbezüge der zugewiesenen Beamt_innen unter Anrechnung der von Beamt_innen selbst zu tragenden Pensionsbeiträgen an die Republik Österreich zu leisten. Der Ausweis dieser Zahlungen erfolgt in der Gewinn- und Verlustrechnung gesondert im Personalaufwand unter der Position „Aufwendungen für Altersversorgung“.

c) Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe und dem Grunde nach ungewissen Verbindlichkeiten mit den Beträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger unternehmerischer Beurteilung erforderlich sind.

Für Beamt_innen und Vertragsbedienstete gem. § 126 UG (Dienstnehmer_innen deren laufendes Dienstverhältnis zur Akademie der bildenden Künste Wien bereits am 31.12.2003 bestanden hat) verfällt der Urlaubsanspruch jährlich mit 31. Dezember, wenn er nicht bis zum Ende des auf das Urlaubsjahr (=Kalenderjahr) folgenden Kalenderjahres verbraucht ist (§ 69 BDG bzw. § 27h VBG). Diese Verfallsbestimmung wird auf die bezughabende Personengruppe bei der Ermittlung des Resturlaubsanspruches generell angewendet.

Die Resturlaubsstände der kollektivvertragsunterworfenen ArbeitnehmerInnen wurden unter Anwendung der Bestimmungen des § 4 Abs. 5 Urlaubsgesetz ermittelt, wobei für diese Arbeitnehmer_innen die noch offenen Resturlaubsansprüche aus dem Urlaubsjahr 2023, erst mit Ablauf des 31.12.2025 verfallen.

7. Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

8. Währungsumrechnung

Fremdwährungsforderungen sind mit dem Anschaffungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Fremdwährungsverbindlichkeiten sind mit dem Anschaffungskurs oder dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

D. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND DER GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Erläuterungen zur Bilanz

a) Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung ist dem Anlagenspiegel (Beilage zu den Erläuterungen und Angaben) zu entnehmen.

Für den Bereich der Forschung im Auftrag Dritter lt. § 27 Universitätsgesetzes 2002 wurden 2024 im Anlagenvermögen Anschaffungen in der Höhe von € 57.719,43 (Vorjahr: € 58.842,69) getätigt.

Die Buchwerte angeschafften Anlagen im Rahmen von § 27-Projekten betragen zum 31.12.2024 € 85.689,79 (Vorjahr: € 79.342,11).

Die Anlagenzugänge für Projekte gemäß § 26 Universitätsgesetz 2002 betrugen im Jahr 2024 € 4.158,57 (Vorjahr: € 59.612,60).

Die geringwertigen Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben und im Anlagenspiegel als Zu- und Abgänge dargestellt. Davon abweichend werden EDV-Anlagen, die unter € 400,00 kosten, aktiviert und über eine Laufzeit von drei Jahren abgeschrieben.

b) Vorräte

Die Vorräte gliedern sich wie folgt:

	31.12.2024 €	**31.12.2023** €
Hilfs- und Betriebsmaterialien MM	2.606,26	2.643,48
Museumsshop Gemäldegalerie	96.045,96	75.673,25
	98.652,22	**78.316,73**

c) Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände gliedern sich wie folgt:

Per 31.12.2024

Forderungen	**RLZ < 1 Jahr**	**RLZ 1-5 Jahr**
Forderungen aus Leistungen	69.821,71	0,00
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	268.157,66	0,00
Gesamt	**337.979,37**	**0,00**

Per 31.12.2023

Forderungen	**RLZ < 1 Jahr**	**RLZ 1-5 Jahr**
Forderungen aus Leistungen	286.818.92	0,00
Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	730.656,46	0,00
Gesamt	**1.017.475,38**	**0,00**

Die gesamten Forderungen im Bereich der Forschung im Auftrag Dritter lt. § 27 Universitätsgesetzes 2002 zum 31.12.2024 betragen € 43.395,44 (Vorjahr: € 250.431,24).

Unter dem Posten „Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände“ sind Erträge in Höhe von € 52.270,32 (Vorjahr: € 249.684,19) enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden.

d) Eigenkapital

Das Eigenkapital beträgt zum 31.12.2024 € 15.603.238,27 (Vorjahr: € 10.938.852,32).

Im Geschäftsjahr 2024 ist nach Zuweisung zu Rücklagen ein Jahresergebnis in Höhe von € 264.385,95 (Vorjahr: € 42.310,97) angefallen.

Die Zusammensetzung des Eigenkapitals zum 31.12.2024 sieht wie folgt aus:

Eigenkapital aus Eröffnungsbilanz	4.784.196,90
Ergebnisvortrag Vorjahr	3.554.655,42
Rücklagen	7.000.000,00
Jahresgewinn	264.385,95
Eigenkapital 31.12.2024	**15.603.238,27**

Per 31.12.2023

Eigenkapital aus Eröffnungsbilanz	4.784.196,90
Ergebnisvortrag Vorjahr	3.512.344,45
Rücklagen	2.600.000,00
Jahresgewinn	42.310,97
Eigenkapital 31.12.2023	**10.938.852,32**

Rücklagenspiegel Beträge in EUR	01.01.2024	Verwendung/ Auflösung	Zuführung	31.12.2024
Sonstige Rücklage	2.600.000,00	0,00	4.400.000,00	7.000.000,00
	2.600.000,00	**0,00**	4.400.000,00	**7.000.000,00**

Die Rücklagen wurden aus den Jahresüberschüssen 2012, 2016, 2017, 2018, 2020, 2023 und 2024 gebildet und dienen der Finanzierung von künftigen universitären Vorhaben, Erreichung eines ausgeblichenen Ergebnisses gem. Leistungsvereinbarung 2025-2028 sowie Abdeckung der Mehrkosten im Bereich Mieten Gebäude und sind liquiditätsmäßig bedeckt.

Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse zum Anlagevermögen

Die Darstellung als Sonderposten für Investitionskostenzuschüsse wurde – im Gegensatz zu den aus dem Globalbudget finanzierten Investitionen – gewählt, da die Mittel explizit zweckgewidmet für bestimmte Investitionen zur Verfügung gestellt wurden.

Die Verwendung des Sonderpostens erfolgt korrespondierend zur Abschreibung der bezuschussten Vermögensgegenstände. Im Jahr 2024 betrug die Auflösung insgesamt € 2.124.012,33 (Vorjahr: € 1.914.941,72) und wird unter dem Posten „Sonstige betriebliche Erträge, übrige“ ausgewiesen.

Die Entwicklung der Zuschüsse nach Anlagenklassen kann dem Investitionskostenzuschussspiegel entnommen werden (Beilage zu den Erläuterungen und Angaben).

e) Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen (Werte in €):

	31.12.2023	Verwendung/ Auflösung	Zuführung	31.12.2024
Nicht konsumierte Urlaube	2.250.938,82	0,00	398.352,35	2.649.291,17
Jubiläumsgelder	1.817.985,65	-175.157,50	0,00	1.642.828,15
Pensionskasse Angestellte KV	158.062,42	-1.124,68	0,00	156.937,74
Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten	12.590,00	-12.590,00	15.864,00	15.864,00
Kollegiengelder	36.647,14	-36.647,14	26.370,21	26.370,21
Instandhaltungsmaßnahmen	294.074,40	0,00	0,00	294.074,40
Sonstige Rückstellungen	1.840.906,60	-580.453,87	1.607.159,36	2.867.612,09
	6.411.205,03	**-805.973,19**	**2.047.745,92**	**7.652.977,76**

Der Anteil der Urlaubsersatzleistung in % der Urlaubsrückstellung beträgt im Jahr 2024 3,31 % (Vorjahr: 3,52 %).

f) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Die Verbindlichkeiten gliedern sich zum 31.12.2024 wie folgt (Werte in €):

Verbindlichkeiten	**RLZ < 1 Jahr**	**RLZ 1-5 Jahr**
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	832.990,03	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1.137.622,18	20.263,86
Gesamt	**1.970.612,21**	**20.263,86**

Die Vergleichswerte zum 31.12.2023 setzen sich wie folgt zusammen (Werte in €):

Verbindlichkeiten	**RLZ < 1 Jahr**	**RLZ 1-5 Jahr**
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.435.138,85	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1.104.817,82	20.263,86
Gesamt	**2.539.956,67**	**20.263,86**

Hiervon machen die offenen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum 31.12.2024 im Bereich der Forschung im Auftrag Dritter lt. § 27 Universitätsgesetzes 2002 € 19.915,15 (Vorjahr: € 20.759,01) und die sonstigen Verbindlichkeiten € 4.000,00 (Vorjahr: € 0,00) aus. Darüber hinaus betragen die Verbindlichkeiten im Rahmen der Gemäldegalerie € 69.197,97 (Vorjahr: € 71.983,99) sowie für das Kupferstichkabinett € 13.781,80 (Vorjahr: € 13.634,84).

Die sonstigen Verbindlichkeiten betreffen im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Gehaltsaufwendungen und Lohnabgaben. Es handelt sich somit um Aufwendungen in der Höhe von € 957.232,69 (Vorjahr: € 973.316,15), die erst nach dem Bilanzstichtag zahlungswirksam werden.

g) Passive Rechnungsabgrenzungsposten

In den passiven Rechnungsabgrenzungsposten sind hauptsächlich Leistungen enthalten, die erst in der Zukunft erbracht werden aber bereits 2024 verrechnet wurden.

Die Rechnungsabgrenzungsposten gliedern sich zum 31.12.2024 wie folgt (Werte in €):

Passive Rechnungsabgrenzungsposten	**2024**	**2023**
Abgrenzung von Globalbudgetzuweisungen des Bundes	1.350.614,20	6.519.591,89
Forschungsförderung - § 27-Projekte	2.310.963,50	1.985.647,78
	3.661.577,70	**8.505.239,67**

Aus der Leistungsvereinbarung 2022-2024 gab es bisher keine Unterschreitung der Zielwerte, daher wurden zum 31.12.2024 keinen Beträgen abgegrenzt bzw. rückgestellt.

h) Sonstige finanzielle Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen

Die künftigen Miet- und Leasingverpflichtungen werden wie folgt prognostiziert:

	31.12.2024	**31.12.2023**
Für das folgende Geschäftsjahr:	TEUR 7.427	TEUR 7.430
Für die fünf folgenden Geschäftsjahre:	TEUR 39.422	TEUR 40.602

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betreffen insbesondere Kosten für die Anmietung der Räumlichkeiten der Universität sowie Mietkosten für Kopiergeräte.

Es wird weiters darauf hingewiesen, dass einzelne Mietverträge langfristig unkündbar sind, und der Akademie daraus künftig erhebliche finanzielle Belastungen erwachsen.

2. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

a) Umsatzerlöse

Nach Tätigkeitsbereichen lassen sich die Umsatzerlöse gliedern in:

	2024 €	2023 €
Erlöse auf Grund von Leistungsvereinbarungen Bund	47.311.840,75	37.777.841,06
Erlöse aus Studienbeiträge	505.168,44	460.341,62
Erlöse aus Forschungsleistungen	3.627.492,32	3.105.723,11
Sonstige Erlöse und Kostenersätze	1.208.807,65	1.564.557,36
	52.653.309,16	42.908.463,15

b) Sonstige betriebliche Erträge, übrige

Darin sind insbesondere die Erlöse für Sponsoring und Schenkungen € 58.441,54 (Vorjahr: € 50.059,20) sowie für die Verwendung Investitionskosten € 2.124.012,33 (Vorjahr: € 1.914.941,72) enthalten.

c) Ergebnis aus der Tätigkeit gemäß § 26 UG 2002

Ergebnis aus der Tätigkeit gemäß § 26 UG 2002		
	2024	**2023**
Sonstige Erlöse und Kostenersätze	12.874,98	11.175,80
Refundierungen Personalkostenersätze	1.585.782,34	1.257.636,57
Personalaufwand	1.585.782,34	1.257.636,57
Planmäßige Abschreibung	-12.874,98	-11.175,80
	0,00	**0,00**

d) Ergebnis aus der Tätigkeit gemäß § 27 UG 2002

Ergebnis aus der Tätigkeit gemäß § 27 UG 2002		
	2024	**2023**
Erlöse § 27 UG gemäß § 2 Z 1 lit. e	2.041.709,98	1.848.086,54
Veränderung des Bestands an noch nicht abrechenbaren Leistungen im Auftrag Dritter	0,00	0,00
Skonto- und Zinserträge abzgl. KESt	8.685,80	3.889,12
Personalaufwendungen	-800.093,88	-765.379,76
Abschreibungen und übrige Aufwendungen	-1.208.606,80	-1.049.999,66
	41.695,10	**36.596,24**

e) Personalaufwand

In den Posten Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Vorsorgekassen beträgt der Aufwand für Mitarbeitervorsorgekasse € 305.710,78 (Vorjahr: € 277.759,20).

f) Sonstige betriebliche Aufwendungen

Übrige sonstige betrieblichen Aufwendungen per 31.12.2024 gem § 11 Universitäten-Rechnungsabschlussverordnung – URAV		
	2024	**2023**
Verbrauch von Energie (Strom, Heizung, Wasser)	612.058,56	788.677,26
Instandhaltung Gebäude	718.524,24	205.827,80
Betriebskosten Gebäude	1.572.511,34	1.094.668,36
sonstige Instandhaltungen und Reinigungen durch Dritte	830.734,88	744.982,16
Reiseaufwendungen und-spesen	321.043,29	249.667,81
Nachrichtenaufwand (Porto, Telefon, Internet, Telefax)	53.971,31	54.855,69
Mieten Gebäude	7.361.397,49	6.840.811,96
sonstige Miet-, Leasing- und Lizenzgebühren	346.559,22	284.785,44
Leihpersonal und Werkverträge	104.951,42	80.976,00
Stipendien, Aus- u. Fortbildung sowie ähnliche Förderungen	1.543.703,96	1.215.955,72
übrige (Restbetrag für oben nicht zuordenbare Aufwendungen)	3.950.469,11	3.817.289,84
	17.415.924,82	**15.378.498,04**

Im Jahr 2024 sind im Vergleich zu 2023 die sonstigen betrieblichen Aufwendungen gestiegen. Die Akademie der bildenden Künste Wien hatte im Jahr 2024 insbesondere mehr Kosten im Bereich Mieten Gebäude, Betriebskosten Gebäude, Instandhaltung Gebäude, Stipendien, sowie im Bereich der Forschung im Auftrag Dritter lt. § 27 Universitätsgesetzes 2002.

E. Angaben nach Bundes Public Corporate Governance Kodex

Im Rahmen der Leistungsvereinbarung 2022-2024 haben sich die Universitäten zur Anwendung des Bundes Public Corporate Governance Kodex und zur Aufnahme der nachfolgenden Punkte verpflichtet.

a) Beziehungen des Unternehmens zu den Anteilseignern, zu dem Rektorat sowie des Universitätsrates und deren nahestehenden Einrichtungen und Personen

Im Geschäftsjahr 2024 wurden keine Geschäfte von wesentlichem Ausmaß mit der Akademie der bildenden Künste nahestehenden Personen abgewickelt.

b) Kreditgewährungen an Organe und Mitarbeiter der Universität

Die Akademie der bildendenden Künste hat im Geschäftsjahr 2024 keine Kredite an Organe und Mitarbeiter der Universität gewährt.

c) Geschäfte zwischen dem Rektorat und der Universität

Im Geschäftsjahr 2024 haben keine Geschäfte zwischen den Mitgliedern des Rektorats und der Akademie der bildenden Künste stattgefunden.

d) Dienstleistungs- und Werkverträge von Mitgliedern des Universitätsrates mit der Universität

Der Universitätsrat der Akademie der bildenden Künste ist keine Dienstleistungs- bzw. Werkverträge mit der Universität eingegangen.

e) Vergütungen des Rektorats und Universitätsrates

An Bezügen für die Mitglieder des Rektorates für deren Tätigkeit im Rechnungsjahr 2024 sind insgesamt € 643.863,71 (Vorjahr: 523.200,79) angefallen.

Den Mitgliedern des Universitätsrates wurden im Rechnungsjahr 2024 für deren Tätigkeit insgesamt € 41.040,00 (Vorjahr: € 41.588,18) an Vergütungen gewährt.

F. SONSTIGE ANGABEN

Sonderbestimmungen für die Akademie der bildenden Künste Wien lt. § 39 (5) UG 2002

Die Gemäldegalerie und das Kupferstichkabinett sind in der Leistungsvereinbarung und im Rechnungsabschluss sowie im Leistungsbericht der Akademie der bildenden Künste Wien gesondert auszuweisen.

Dementsprechend ist die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage darzustellen.

a) Darstellung Kupferstichkabinett (Beilage zu den Erläuterungen und Angaben)

Es zeigt sich, dass das Kupferstichkabinett strukturell negativ ist und das Einbringungsvermögen sukzessiv aufgebraucht wurde. Jedoch ist der Fortbestand gesichert, da mehr Bundesmittel über die Leistungsvereinbarung oder Mittel durch interne Umschichtungen aus anderen Bereichen der Akademie der bildenden Künste zugeschossen werden.

b) Darstellung Gemäldegalerie (Beilage zu den Erläuterungen und Angaben)

Es zeigt sich, dass die Gemäldegalerie strukturell negativ ist und das Einbringungsvermögen sukzessiv aufgebraucht wurde. Der Fortbestand ist gesichert, da mehr Bundesmittel über die Leistungsvereinbarung oder Mittel durch interne Umschichtungen aus anderen Bereichen der Akademie der bildenden Künste zugeschossen werden.

c) Personalstand

Der durchschnittliche Personalstand im Jahr 2024 setzt sich wie folgt zusammen (teilbeschäftigte Personen werden dabei in Vollzeitäquivalenten angegeben):

	2024 (Stichtag: 31.12.2024)			2023 (Stichtag: 31.12.2023)			Durchschnitt 2024		
Vollzeitäquivalente	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt	Frauen	Männer	gesamt
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal gesamt	**130,0**	**63,8**	**194,0**	**130,3**	**64,6**	**194,9**	**127,2**	**64,8**	**192,0**
Professor/inn/en	24,1	11,9	36,0	24,8	13,0	37,8	23,8	12,3	36,1
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/innen	99,1	50,8	149,1	98,6	50,6	149,2	96,5	51,5	148,0
darunter Dozent/inn/en	5,0	0,0	5,0	5,0	0,0	5,0	5,0	0,0	5,0
darunter Assoziierte Professorinn/en	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0	0,0	1,0	1,0
darunter Assistenzprossor/inn/en	1,8	0,0	1,8	2,0	0,0	2,0	1,9	0,0	1,9
darunter über F&E-Projekte drittfinanzierte Mitarbeiter/innen	23,2	5,4	28,6	22,7	6,1	28,8	22,5	6,7	29,1
Allgemeines Personal gesamt	**98,6**	**52,4**	**151,0**	**96,0**	**53,4**	**149,4**	**96,5**	**54,1**	**150,6**
darunter über F&E-Projekte drittfinanziertes allg. Personal	0,9	0,0	0,9	0,9	0,0	0,9	0,9	0,0	0,9
Insgesamt	**228,6**	**116,2**	**344,8**	**226,3**	**118,0**	**344,3**	**223,7**	**118,9**	**342,6**

Rundungshinweis:
Bei der Erstellung der Tabellen wurde eine automatische Rechenhilfe und Tabellenkalkulation verwendet, wodurch es zu Differenzen aufgrund Rundungen kommen kann, welche die korrekte Darstellung jedoch nicht beeinträchtigen.

Die Zusammensetzung des Universitätsrates stellt sich für das Rechnungsjahr 2024 und den Zeitraum der Erstellung des Rechnungsabschlusses wie folgt dar:

- Dr. Bernhard Hainz (Vorsitzender)
- Dr.in Nora Sternfeld (Stellvertretende Vorsitzende)
- Dr. Matthias Heltschl
- Mag.a Luisa Ziaja
- Mag.a Kathrin Zechner

Die Zusammensetzung des Rektorats stellt sich für das Rechnungsjahr 2024 und den Zeitraum der Erstellung des Rechnungsabschlusses wie folgt dar:

- Dr. Johan Frederik Hartle (Rektor)
- Mag.a Dr.in Ingeborg Erhart (Vizerektorin)
- Mag. Werner Skvara (Vizerektor)

Es bestehen keine gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangene Haftungsverhältnisse für Mitglieder des Rektorats oder des Universitätsrats.

d) Stiftungen und Beteiligungen

Die Akademie der bildenden Künste ist im Jahr 2024 weder als Stifter aufgetreten, noch hat sie Gesellschafterzuschüsse oder sonstige Zuwendungen an Gesellschaften gem. § 10 UG 2002 geleistet.

Weitere Angaben

Es bestanden im Jahr 2024 keine derivativen Finanzinstrumente.

Es kam zu keinen wesentlichen Ereignissen nach dem Abschlussstichtag. Weiters bestehen keine wesentlichen nicht in der Bilanz enthaltenen Geschäfte, welche für die Beurteilung der Finanzlage der Universität notwendig sind.

Die Aufwendungen für den Wirtschaftsprüfer betrugen im Geschäftsjahr 2024 € 17.212,44.

Wien, 14.04.2025

DAS REKTORAT

.....
Rektor Dr. Johan Frederik Hartle

.....
Vizerektorin Mag.ª Dr.in Ingeborg Erhart

.....
Vizerektor Mag. Werner Skvara

Anlagenspiegel 31.12.2024

Anlagenposition	Anschaffungskosten Herstellungskosten 01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungskosten Herstellungskosten 31.12.2024	Kumulierte Abschreibungen 01.01.2024	Kumulierte Abschreibungen Zugänge	Kumulierte Abschreibungen Abgänge	Kumulierte Abschreibungen Umbuchungen	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2024	Buchwert 31.12.2024	Buchwert 01.01.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. **Immaterielle Vermögensgegenstände**												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und daraus abgeleitete Lizenzen	823.006,90	254.649,21	200.219,69	0,00	877.436,42	647.597,75	151.823,11	-200.219,69	0,00	599.201,17	278.235,25	175.409,15
2. geleistete Kostenbeiträge	31.800.000,00	0,00	0,00	0,00	31.800.000,00	3.180.000,00	1.272.000,00	0,00	0,00	4.452.000,00	27.348.000,00	28.620.000,00
	32.623.006,90	254.649,21	200.219,69	0,00	32.677.436,42	3.827.597,75	1.423.823,11	-200.219,69	0,00	5.051.201,17	27.626.235,25	28.795.409,15
II. **Sachanlagen**												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund, davon Grundwert EUR 2.092.000,--	11.384.280,54	167.019,53	225.315,13	0,00	11.325.984,94	6.066.032,39	495.054,59	-225.315,13	0,00	6.335.771,85	4.990.213,09	5.318.248,15
2. technische Anlagen und Maschinen	686.108,35	21.491,78	398,66	0,00	707.201,47	600.704,08	35.802,24	-398,66	0,00	636.107,66	71.093,81	85.404,27
3. wissenschaftliche Literatur und andere wissenschaftliche Datenträger	2.301.987,82	142.225,36	0,00	0,00	2.444.213,18	1.956.063,49	110.344,90	0,00	0,00	2.066.408,39	377.804,79	345.924,33
4. Sammlungen	650.630,59	54.127,00	0,00	0,00	704.757,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	704.757,59	650.630,59
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung geringwertige	12.611.536,05	2.346.407,72	815.812,14	117.673,59	14.259.805,22	10.089.147,88	1.130.827,53	-810.296,93	0,00	10.409.678,48	3.850.126,74	2.522.388,17
	0,00	140.824,65	140.824,65	0,00	0,00	0,00	140.824,65	-140.824,65	0,00	0,00	0,00	0,00
6. geleistete Anzahlungen	130.118,37	35.294,48	0,00	-117.673,59	47.739,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47.739,26	130.118,37
	27.764.661,72	2.907.390,52	1.182.350,58	0,00	29.489.701,66	18.711.947,84	1.912.853,91	-1.176.835,37	0,00	19.447.966,38	10.041.735,28	9.052.713,88
III. **Finanzanlagen**												
Wertpapiere des Anlagevermögens	1.366.983,32	6.206.635,09	1.366.983,32	0,00	6.206.635,09	24.772,86	0,00	-24.772,86	0,00	0,00	6.206.635,09	1.342.210,46
	61.754.651,94	**9.368.674,82**	**2.749.553,59**	**0,00**	**68.373.773,17**	**22.564.318,45**	**3.336.677,02**	**-1.401.827,92**	**0,00**	**24.499.167,55**	**43.874.605,62**	**39.190.333,49**

Investitionskostenzuschuss nach Anlagenklassen 31.12.2024

Anlagenposition	Anschaffungskosten Herstellungskosten 01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Anschaffungskosten Herstellungskosten 31.12.2024	Kumulierte Abschreibungen 01.01.2024	Kumulierte Abschreibungen Zugänge	Kumulierte Abschreibungen Abgänge	Kumulierte Abschreibungen Umbuchungen	Kumulierte Abschreibungen 31.12.2024	Buchwert 31.12.2024	Buchwert 01.01.2024
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. **Immaterielle Vermögensgegenstände**												
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und daraus abgeleitete Lizenzen	209.771,28	10.080,00	11.313,22	0,00	208.538,06	154.135,26	26.116,02	-11.313,22	0,00	168.938,06	39.600,00	55.636,02
2. geleistete Kostenbeiträge	31.800.000,00	0,00	0,00	0,00	31.800.000,00	3.180.000,00	1.272.000,00	0,00	0,00	4.452.000,00	27.348.000,00	28.620.000,00
	32.009.771,28	10.080,00	11.313,22	0,00	32.008.538,06	3.334.135,26	1.298.116,02	-11.313,22	0,00	4.620.938,06	27.387.600,00	28.675.636,02
II. **Sachanlagen**												
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grund, davon Grundwert EUR 2.092.000,--	1.874.469,04	168.609,52	225.315,13	0,00	1.817.763,43	761.564,42	162.550,94	-225.489,70	0,00	698.625,66	1.119.137,77	1.112.904,62
2. technische Anlagen und Maschinen	165.107,89	0,00	0,00	0,00	165.107,89	146.365,23	8.714,91	0,00	0,00	155.080,14	10.027,75	18.742,66
3. wissenschaftliche Literatur und andere wissenschaftliche Datenträger	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Sammlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.010.692,91	1.905.176,00	376.049,22	107.604,00	6.647.423,69	3.492.438,60	654.630,46	-375.874,65	0,00	3.771.194,41	2.876.229,28	1.518.254,31
geringwertige	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6. geleistete Anzahlungen	120.045,60	29.030,40	0,00	-107.604,00	41.472,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	41.472,00	120.045,60
	7.170.315,44	2.102.815,92	601.364,35	0,00	8.671.767,01	4.400.368,25	825.896,31	-601.364,35	0,00	4.624.900,21	4.046.866,80	2.769.947,19
III. **Finanzanlagen** Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	0,00	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**
IV. **nicht ausgenützter IKZ**	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	39.180.086,72	**2.112.895,92**	**612.677,57**	**0,00**	**40.680.305,07**	**7.734.503,51**	**2.124.012,33**	**-612.677,57**	**0,00**	**9.245.838,27**	**31.434.466,80**	**31.445.583,21**

ISTERGEBNIS GEMÄLDEGALERIE 2024 MIT UMLAGEN

Die Umlagen belaufen sich auf TEUR 1.652 (VJ:TEUR 1.393) und sind zur Gänze im sonst. betriebl. Aufwand inkludiert und verursachen ein negatives Eigenkapital.

a) Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
	in TEUR	%	in TEUR	%	in TEUR	in %
Erlöse (Bund)	1.066	85,1%	1.150	85,2%	-84	-7,3%
sonstige Erlöse und betriebliche Erträge	186	14,9%	200	14,8%	-14	-7,0%
Summe Erlöse	**1.252**	**100%**	**1.350**	**100%**	**-98**	**-7,3%**
Personalaufwand	-1.212	-96,8%	-1.164	-86,2%	-48	4,1%
Abschreibungen	-156	-12,5%	-151	-11,2%	-5	3,3%
betriebliche Aufwendungen inkl. Sachmittelaufwand u. bezogene Leistungen	-2.277	-181,8%	-2.142	-158,6%	-135	6,3%
Summe Aufwendungen	**-3.645**	**-291,1%**	**-3.457**	**-256,0%**	**-188**	**5,4%**
Betriebserfolg	**-2.393**	**-191,1%**	**-2.107**	**-156,0%**	**-286**	**13,6%**
Zinserträge, -aufwendungen, Skontoertrag	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Zinsaufwendungen, Afa auf Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Finanzerfolg	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
Steuern	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Jahresergebnis MIT Umlagen und internen Leistungsverrechnungen	**-2.393**	**-191,1%**	**-2.107**	**-156,0%**	**-286**	**13,6%**

ISTERGEBNIS GEMÄLDEGALERIE 2024 MIT UMLAGEN

Die Umlagen belaufen sich auf TEUR 1.652 (VJ:TEUR 1.393) und sind zur Gänze im sonst. betriebl. Aufwand inkludiert und verursachen ein negatives Eigenkapital.

b) Vermögenslage (Bilanz)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
AKTIVA	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**
A. ANLAGEVERMÖGEN	**1.277**	**53,6%**	**1.233**	**52,6%**	**44**	**3,6%**
I. Immat Vermögensgegenstände	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
II. Sachanlagen	1.277	53,6%	1.233	52,6%	44	3,6%
III. Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
B. UMLAUFVERMÖGEN	**1.098**	**46,1%**	**1.106**	**47,2%**	**-8**	**-0,7%**
I. Vorräte	96	4,0%	76	3,2%	20	26,3%
II. Forderungen und so VG	986	41,4%	1.017	43,4%	-31	-3,0%
1. Forderungen aus L u L	3	0,1%	1	0,0%	2	200,0%
2. sonstige Ford u VG	983	41,2%	1.016	43,3%	-33	-3,2%
III. Kassa und Bankguthaben	16	0,7%	13	0,6%	3	23,1%
C. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**9**	**0,4%**	**5**	**0,2%**	**4**	**80,0%**
SUMME AKTIVA	**2.384**	**100,0%**	**2.344**	**100,0%**	**40**	**1,7%**
PASSIVA						
A. EIGENKAPITAL	**-14.753**	**-618,7%**	**-12.360**	**-527,2%**	**-2.393**	**19,4%**
I. Universitätskapital	1.771	74,3%	1.771	75,5%	0	0,0%
II. Ergebnisvortrag	-14.131	-592,7%	-12.024	-512,9%	-2.107	17,5%
III. Verrechnung Akademie	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
IV. Jahresergebnis	-2.393	-100,3%	-2.107	-89,9%	-286	13,6%
B. INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	**273**	**11,4%**	**140**	**6,0%**	**133**	**95,0%**
C. RÜCKSTELLUNGEN	**291**	**12,2%**	**279**	**11,9%**	**12**	**4,3%**
1. Rückstellungen für Abfertigungen	97	4,1%	104	4,4%	-7	-6,7%
2. sonstige Rückstellungen	194	8,1%	175	7,5%	19	10,9%
D. VERBINDLICHKEITEN	**16.573**	**695,1%**	**14.185**	**605,1%**	**2.388**	**16,8%**
1. Verbindlichkeiten gg Kreditinstituten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
2. erhaltene Anzahlungen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
3. Verbindlichkeiten aus L u L	69	2,9%	72	3,1%	-3	-4,2%
4. sonstige Verbindlichkeiten	16.504	692,2%	14.113	602,0%	2.391	16,9%
E. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**0**	**0,0%**	**100**	**4,3%**	**-100**	**-100,0%**
SUMME PASSIVA	**2.384**	**100,0%**	**2.344**	**100,0%**	**40**	**1,7%**

ISTERGEBNIS GEMÄLDEGALERIE 2024 MIT UMLAGEN

Die Umlagen belaufen sich auf TEUR 1.652 (VJ:TEUR 1.393) und sind zur Gänze im sonst. betriebl. Aufwand inkludiert und verursachen ein negatives Eigenkapital.

c) Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

	IST 2024	IST 2023	Abw.	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	%
Jahresergebnis lt Gewinn- und Verlustrechnung	-2.393	-2.107	-286	13,6%
Abschreibungen	156	151	5	3,3%
Auflösung Investitionskostenzuschuss	-46	-25	-21	84,0%
Veränderung langfr RSt	-7	0	-7	0,0%
Cash Flow aus dem Ergebnis	**-2.290**	**-1.981**	**-309**	**15,6%**
Veränderung Vorräte	-20	3	-23	-766,7%
Veränderung Forderungen + ARA	27	-119	146	-122,7%
Veränderung Verbindlichkeiten (ohne Banken), Anzahlungen, kurzfr RSt + PRA	2.307	2.137	170	8,0%
Cash Flow aus dem operativen Bereich	**24**	**41**	**-17**	**-41,5%**
laufende Investitionen	-200	-40	-160	400,0%
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen	0	0	0	0,0%
Verlust abgegangener Anlagen	0	0	0	0,0%
erhaltene Investitionskostenzuschüsse	180	0	180	0,0%
Cash Flow aus Investitionsaktivitäten	**-21**	**-41**	**20**	**-48,8%**
Einzahlung/Rückzahlung Eigentümer	0	0	0	0,0%
Zuführung/Verwendung Finanzanlagen	0	0	0	0,0%
Einzahlung/Rückzahlung Kredite	0	0	0	0,0%
Cash Flow aus Finanzierungsaktivitäten	**0**	**0**	**0**	**0,0%**
Zahlungswirksame Veränderung Finanzmittelbestand	**3**	**0**	**3**	**0,0%**
Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	**13**	**13**	**0**	**0,0%**
Zahlungswirksame Veränderung	3	0	3	0,0%
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**16**	**13**	**3**	**23,1%**

Zusammenfassende Darstellung der liquiden Mittel und Finanzanlagen abzüglich Bankkredite am Ende der Periode

Finanzmittelbestand Umlaufvermögen (liquide Mittel)	16	13	3	23,1%
Finanzanlagen Anlagevermögen	0	0	**0**	**0,0%**
Bankverbindlichkeiten	0	0	**0**	**0,0%**
	16	**13**	**3**	**23,1%**

Probe: ***0*** ***0***

Passiva: EB-AB

ISTERGEBNIS GEMÄLDEGALERIE 2024 OHNE UMLAGEN

a) Ertragslage
(Gewinn- und Verlustrechnung)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
	in TEUR	%	in TEUR	%	in TEUR	in %
Erlöse (Bund)	1.066	85,1%	1.150	85,2%	-84	-7,3%
sonstige Erlöse und betriebliche Erträge	186	14,9%	200	14,8%	-14	-7,0%
Summe Erlöse	**1.252**	**100%**	**1.350**	**100%**	**-98**	**-7,3%**
Personalaufwand	-1.212	-96,8%	-1.164	-86,2%	-48	4,1%
Abschreibungen	-156	-12,5%	-151	-11,2%	-5	3,3%
betriebliche Aufwendungen inkl. Sachmittelaufwand u. bezogene Leistungen	-625	-49,9%	-749	-55,5%	124	-16,6%
Summe Aufwendungen	**-1.993**	**-159,1%**	**-2.064**	**-152,8%**	**71**	**-3,4%**
Betriebserfolg	**-741**	**-59,1%**	**-714**	**-52,8%**	**-27**	**3,8%**
Zinserträge, -aufwendungen, Skontoertrag	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Zinsaufwendungen, Afa auf Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Finanzerfolg	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,00%**
Steuern	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Jahresergebnis OHNE Umlagen und internen Leistungsverrechnungen	**-741**	**-59,1%**	**-714**	**-52,8%**	**-27**	**3,8%**

ISTERGEBNIS GEMÄLDEGALERIE 2024 OHNE UMLAGEN

b) Vermögenslage (Bilanz)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
AKTIVA	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**
A. ANLAGEVERMÖGEN	**1.277**	**53,6%**	**1.233**	**52,6%**	**44**	**3,6%**
I. Immat Vermögensgegenstände	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
II. Sachanlagen	1.277	53,6%	1.233	52,6%	44	3,6%
III. Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
B. UMLAUFVERMÖGEN	**1.098**	**46,1%**	**1.106**	**47,2%**	**-8**	**-0,7%**
I. Vorräte	96	4,0%	76	3,2%	20	26,3%
II. Forderungen und so VG	986	41,4%	1.017	43,4%	-31	-3,0%
1. Forderungen aus L u L	3	0,1%	1	0,0%	2	200,0%
2. sonstige Ford u VG	983	41,2%	1.016	43,3%	-33	-3,2%
III. Kassa und Bankguthaben	16	0,7%	13	0,6%	3	23,1%
C. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**9**	**0,4%**	**5**	**0,2%**	**4**	**80,0%**
SUMME AKTIVA	**2.384**	**100,0%**	**2.344**	**100,0%**	**40**	**1,7%**
PASSIVA						
A. EIGENKAPITAL	**-2.643**	**-110,8%**	**-1.902**	**-81,1%**	**-741**	**39,0%**
I. Universitätskapital	1.771	74,3%	1.771	75,5%	0	0,0%
II. Ergebnisvortrag	-3.673	-154,0%	-2.959	-126,2%	-714	24,1%
III. Verrechnung Akademie	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
IV. Jahresergebnis	-741	-31,1%	-714	-30,4%	-27	3,8%
B. INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	**273**	**11,4%**	**140**	**6,0%**	**133**	**95,0%**
C. RÜCKSTELLUNGEN	**291**	**12,2%**	**279**	**11,9%**	**12**	**4,3%**
1. Rückstellungen für Abfertigungen	97	4,1%	104	4,4%	-7	-6,7%
2. sonstige Rückstellungen	194	8,1%	175	7,5%	19	10,9%
D. VERBINDLICHKEITEN	**4.463**	**187,2%**	**3.727**	**159,0%**	**736**	**19,7%**
1. Verbindlichkeiten gg Kreditinstituten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
2. erhaltene Anzahlungen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
3. Verbindlichkeiten aus L u L	69	2,9%	72	3,1%	-3	-4,2%
4. sonstige Verbindlichkeiten	4.394	184,3%	3.655	155,9%	739	20,2%
E. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**0**	**0,0%**	**100**	**4,3%**	**-100**	**-100,0%**
SUMME PASSIVA	**2.384**	**100,0%**	**2.344**	**100,0%**	**40**	**1,7%**

ISTERGEBNIS GEMÄLDEGALERIE 2024 OHNE UMLAGEN

c) Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

	IST 2024	IST 2023	Abw.	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	%
Jahresergebnis lt Gewinn- und Verlustrechnung	-741	-714	-27	3,8%
Abschreibungen	156	151	5	3,3%
Auflösung Investitionskostenzuschuss	-46	-25	-21	84,0%
Veränderung langfr RSt	-7	0	-7	0,0%
Cash Flow aus dem Ergebnis	**-638**	**-588**	**-50**	**8,5%**
Veränderung Vorräte	-20	3	-23	-766,7%
Veränderung Forderungen + ARA	27	-118	145	-122,9%
Veränderung Verbindlichkeiten (ohne Banken), Anzahlungen, kurzfr RSt + PRA	655	744	-89	-12,0%
Cash Flow aus dem operativen Bereich	**24**	**41**	**-17**	**-41,5%**
laufende Investitionen	-200	-40	-160	400,0%
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen	0	0	0	0,0%
Verlust abgegangener Anlagen	0	0	0	0,0%
erhaltene Investitionskostenzuschüsse	180	0	180	0,0%
Cash Flow aus Investitionsaktivitäten	**-21**	**-41**	**20**	**-48,8%**
Einzahlung/Rückzahlung Eigentümer	0	0	0	0,0%
Zuführung/Verwendung Finanzanlagen	0	0	0	0,0%
Einzahlung/Rückzahlung Kredite	0	0	0	0,0%
Cash Flow aus Finanzierungsaktivitäten	**0**	**0**	**0**	**0,0%**
Zahlungswirksame Veränderung Finanzmittelbestand	**3**	**0**	**3**	**0,0%**
Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	**13**	**13**	**0**	**0,0%**
Zahlungswirksame Veränderung	3	0	3	0,0%
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**16**	**13**	**3**	**23,1%**

Zusammenfassende Darstellung der liquiden Mittel und Finanzanlagen abzüglich Bankkredite am Ende der Periode

Finanzmittelbestand Umlaufvermögen (liquide Mittel)	16	13	3	23,1%
Finanzanlagen Anlagevermögen	0	0	**0**	**0,0%**
Bankverbindlichkeiten	0	0	**0**	**0,0%**
	16	**13**	**3**	**23,1%**

ISTERGEBNIS KUPFERSTICHKABINETT 2024 MIT UMLAGEN

Anmerkung: Die Umlagen belaufen sich auf TEUR 440 (VJ:TEUR 478) und sind zur Gänze im sonst. betriebl. Aufwand inkludiert und verursachen ein negatives Eigenkapital.

a) Ertragslage (Gewinn- und Verlustrechnung)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
	in TEUR	%	in TEUR	%	in TEUR	in %
Erlöse (Bund)	419	97,2%	452	91,7%	-33	-7,3%
sonstige Erlöse und betriebliche Erträge	12	2,8%	41	8,3%	-29	-70,7%
Summe Erlöse	**431**	**100%**	**493**	**100%**	**-62**	**-13%**
Personalaufwand	-329	-76,3%	-319	-64,7%	-10	3,1%
Abschreibungen	-32	-7,4%	-29	-5,9%	-3	10,3%
betriebliche Aufwendungen inkl Sachmittelaufwand u. bezogene Leistungen	-480	-111,4%	-511	-103,7%	31	-6,1%
Summe Aufwendungen	**-841**	**-195,1%**	**-859**	**-174,2%**	**18**	**-2%**
Betriebserfolg	**-410**	**-95,1%**	**-366**	**-74,2%**	**-44**	**12%**
Zinserträge, -aufwendungen, Skontoertrag	1	0,2%	0	0,0%	1	0,0%
Zinsaufwendungen, Afa auf Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Finanzerfolg	**1**	**0,2%**	**0**	**0,0%**	**1**	**0%**
Steuern	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Jahresergebnis MIT Umlagen und internen Leistungsverrechnungen	**-409**	**-94,9%**	**-366**	**-74,2%**	**-43**	**12%**

ISTERGEBNIS KUPFERSTICHKABINETT 2024 MIT UMLAGEN

Anmerkung: Die Umlagen belaufen sich auf TEUR 440 (VJ:TEUR 478) und sind zur Gänze im sonst. betriebl. Aufwand inkludiert und verursachen ein negatives Eigenkapital.

b) Vermögenslage (Bilanz)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
AKTIVA	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**
A. ANLAGEVERMÖGEN	**471**	**64,9%**	**452**	**62,3%**	**19**	**4,2%**
I. Immat Vermögensgegenstände	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
II. Sachanlagen	471	64,9%	452	62,3%	19	4,2%
III. Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
B. UMLAUFVERMÖGEN	**255**	**35,1%**	**274**	**37,7%**	**-19**	**-6,9%**
I. Vorräte	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
II. Forderungen und so VG	167	23,0%	171	23,6%	-4	-2,3%
1. Forderungen aus L u L	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
2. sonstige Ford u VG	167	23,0%	171	23,6%	-4	-2,3%
III. Kassa und Bankguthaben	88	12,1%	103	14,2%	-15	-14,6%
C. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
SUMME AKTIVA	**726**	**100,0%**	**726**	**100,0%**	**0**	**0,00%**
PASSIVA						
A. EIGENKAPITAL	**-3.470**	**-477,6%**	**-3.061**	**-421,3%**	**-409**	**13,4%**
I. Universitätskapital	160	22,0%	160	22,0%	0	0,0%
II. Ergebnisvortrag	-3.220	-443,2%	-2.854	-392,9%	-366	12,8%
III. Verrechnung Akademie	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
IV. Jahresergebnis	-409	-56,3%	-366	-50,4%	-43	11,7%
B. INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
C. RÜCKSTELLUNGEN	**171**	**23,5%**	**177**	**24,4%**	**-6**	**-3,4%**
1. Rückstellungen für Abfertigungen	110	15,1%	114	15,7%	-4	-3,5%
2. sonstige Rückstellungen	61	8,4%	63	8,7%	-2	-3,2%
D. VERBINDLICHKEITEN	**4.025**	**554,0%**	**3.610**	**496,9%**	**415**	**11,5%**
1. Verbindlichkeiten gg Kreditinstituten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
2. erhaltene Anzahlungen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
3. Verbindlichkeiten aus L u L	14	1,9%	14	1,9%	0	0,0%
4. sonstige Verbindlichkeiten	4.011	552,1%	3.596	495,0%	415	11,5%
E. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
SUMME PASSIVA	**726**	**100,0%**	**726**	**100,0%**	**0**	**0,00%**

ISTERGEBNIS KUPFERSTICHKABINETT 2024 MIT UMLAGEN

Anmerkung: Die Umlagen belaufen sich auf TEUR 440 (VJ:TEUR 478) und sind zur Gänze im sonst. betriebl. Aufwand inkludiert und verursachen ein negatives Eigenkapital.

c) Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

	IST 2024	IST 2023	Abw.	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	%
Jahresergebnis lt Gewinn- und Verlustrechnung	-409	-366	-43	11,7%
Abschreibungen	32	29	3	10,3%
Auflösung Investitionskostenzuschuss	0	0	0	0,0%
Veränderung langfr RSt	-4	2	-6	-300,0%
Cash Flow aus dem Ergebnis	**-381**	**-335**	**-46**	**13,7%**
Veränderung Vorräte	0	0	0	0,0%
Veränderung Forderungen + ARA	4	-3	7	-233,3%
Veränderung Verbindlichkeiten (ohne Banken), Anzahlungen, kurzfr RSt + PRA	413	474	-61	-12,9%
Cash Flow aus dem operativen Bereich	**36**	**136**	**-100**	**-73,5%**
laufende Investitionen	-51	-124	73	-58,9%
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen	0	0	0	0,0%
Verlust abgegangener Anlagen	0	0	0	0,0%
erhaltene Investitionskostenzuschüsse	0	0	0	0,0%
Cash Flow aus Investitionsaktivitäten	**-51**	**-124**	**73**	**-58,9%**
Einzahlung/Rückzahlung Eigentümer	0	0	0	0,0%
Zuführung/Verwendung Finanzanlagen	0	0	0	0,0%
Einzahlung/Rückzahlung Kredite	0	0	0	0,0%
Cash Flow aus Finanzierungsaktivitäten	**0**	**0**	**0**	**0,0%**
Zahlungswirksame Veränderung Finanzmittelbestand	**-15**	**12**	**-27**	**-225,0%**
Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	**103**	**91**	**12**	**13,2%**
Zahlungswirksame Veränderung	-15	12	-27	-225,0%
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**88**	**103**	**-15**	**-14,6%**

<u>Zusammenfassende Darstellung der liquiden Mittel und Finanzanlagen abzüglich Bankkredite am Ende der Periode</u>

Finanzmittelbestand Umlaufvermögen (liquide Mittel)	88	103	-15	-14,6%
Finanzanlagen Anlagevermögen	0	0	**0**	**0,0%**
Bankverbindlichkeiten	0	0	**0**	**0,0%**
	88	**103**	**-15**	**-14,6%**

ISTERGEBNIS KUPFERSTICHKABINETT 2024 OHNE UMLAGEN

a) Ertragslage
(Gewinn- und Verlustrechnung)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
	in TEUR	%	in TEUR	%	in TEUR	in %
Erlöse (Bund)	419	97,2%	452	91,7%	-33	-7,3%
sonstige Erlöse und betriebliche Erträge	12	2,8%	41	8,3%	-29	-70,7%
Summe Erlöse	**431**	**100%**	**493**	**100%**	**-62**	**-13%**
Personalaufwand	-329	-76,3%	-319	-64,7%	-10	3,1%
Abschreibungen	-32	-7,4%	-29	-5,9%	-3	10,3%
betriebliche Aufwendungen inkl Sachmittelaufwand u. bezogene Leistungen	-40	-9,3%	-33	-6,7%	-7	21,2%
Summe Aufwendungen	**-401**	**-93,0%**	**-381**	**-77,3%**	**-20**	**5%**
Betriebserfolg	**30**	**7,0%**	**112**	**22,7%**	**-82**	**-73%**
Zinserträge, -aufwendungen, Skontoertrag	1	0,2%	0	0,0%	1	0,0%
Zinsaufwendungen, Afa auf Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Finanzerfolg	**1**	**0,2%**	**0**	**0,0%**	**1**	**0%**
Steuern	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
Jahresergebnis OHNE Umlagen und internen Leistungsverrechnungen	**31**	**7,2%**	**112**	**22,7%**	**-81**	**-72%**

ISTERGEBNIS KUPFERSTICHKABINETT 2024 OHNE UMLAGEN

b) Vermögenslage (Bilanz)

	IST 2024		IST 2023		Abw.	
AKTIVA	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**	**in TEUR**	**%**
A. ANLAGEVERMÖGEN	**471**	**64,9%**	**452**	**62,3%**	**19**	**4,2%**
I. Immat Vermögensgegenstände	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
II. Sachanlagen	471	64,9%	452	62,3%	19	4,2%
III. Finanzanlagen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
B. UMLAUFVERMÖGEN	**255**	**35,1%**	**274**	**37,7%**	**-19**	**-6,9%**
I. Vorräte	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
II. Forderungen und so VG	167	23,0%	171	23,6%	-4	-2,3%
1. Forderungen aus L u L	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
2. sonstige Ford u VG	167	23,0%	171	23,6%	-4	-2,3%
III. Kassa und Bankguthaben	88	12,1%	103	14,2%	-15	-14,6%
C. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
SUMME AKTIVA	**726**	**100,0%**	**726**	**100,0%**	**0**	**0,00%**
PASSIVA						
A. EIGENKAPITAL	**123**	**17,0%**	**92**	**12,7%**	**31**	**33,7%**
I. Universitätskapital	160	22,0%	160	22,0%	0	0,0%
II. Ergebnisvortrag	-67	-9,2%	-179	-24,7%	112	-62,6%
III. Verrechnung Akademie	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
IV. Jahresergebnis	31	4,3%	112	15,4%	-81	-72,3%
B. INVESTITIONSKOSTENZUSCHUSS	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
C. RÜCKSTELLUNGEN	**171**	**23,5%**	**177**	**24,4%**	**-6**	**-3,4%**
1. Rückstellungen für Abfertigungen	110	15,1%	114	15,7%	-4	-3,5%
2. sonstige Rückstellungen	61	8,4%	63	8,7%	-2	-3,2%
D. VERBINDLICHKEITEN	**432**	**59,5%**	**457**	**62,9%**	**-25**	**-5,5%**
1. Verbindlichkeiten gg Kreditinstituten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
2. erhaltene Anzahlungen	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%
3. Verbindlichkeiten aus L u L	14	1,9%	14	1,9%	0	0,0%
4. sonstige Verbindlichkeiten	418	57,5%	443	61,0%	-25	-5,6%
E. RECHNUNGSABGRENZUNGEN	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**	**0**	**0,0%**
SUMME PASSIVA	**726**	**100,0%**	**726**	**100,0%**	**0**	**0,00%**

ISTERGEBNIS KUPFERSTICHKABINETT 2024 OHNE UMLAGEN

c) Finanzlage (Kapitalflussrechnung)

	IST 2024	IST 2023	Abw.	
	in TEUR	in TEUR	in TEUR	%
Jahresergebnis lt Gewinn- und Verlustrechnung	31	112	-81	-72,3%
Abschreibungen	32	29	3	10,3%
Auflösung Investitionskostenzuschuss	0	0	0	0,0%
Veränderung langfr RSt	-4	2	-6	-300,0%
Cash Flow aus dem Ergebnis	**59**	**143**	**-84**	**-58,7%**
Veränderung Vorräte	0	0	0	0,0%
Veränderung Forderungen + ARA	4	-3	7	-233,3%
Veränderung Verbindlichkeiten (ohne Banken), Anzahlungen, kurzfr RSt + PRA	-27	-4	-23	575,0%
Cash Flow aus dem operativen Bereich	**36**	**136**	**-100**	**-73,5%**
laufende Investitionen	-51	-124	73	-58,9%
zusätzliche Infrastrukturinvestitionen	0	0	0	0,0%
Verlust abgegangener Anlagen	0	0	0	0,0%
erhaltene Investitionskostenzuschüsse	0	0	0	0,0%
Cash Flow aus Investitionsaktivitäten	**-51**	**-124**	**73**	**-58,9%**
Einzahlung/Rückzahlung Eigentümer	0	0	0	0,0%
Zuführung/Verwendung Finanzanlagen	0	0	0	0,0%
Einzahlung/Rückzahlung Kredite	0	0	0	0,0%
Cash Flow aus Finanzierungsaktivitäten	**0**	**0**	**0**	**0,0%**
Zahlungswirksame Veränderung Finanzmittelbestand	**-15**	**12**	**-27**	**-225,0%**
Finanzmittelbestand am Beginn der Periode	**103**	**91**	**12**	**13,2%**
Zahlungswirksame Veränderung	-15	12	-27	-225,0%
Finanzmittelbestand am Ende der Periode	**88**	**103**	**-15**	**-14,6%**

<u>Zusammenfassende Darstellung der liquiden Mittel und Finanzanlagen abzüglich Bankkredite am Ende der Periode</u>

Finanzmittelbestand Umlaufvermögen (liquide Mittel)	88	103	-15	-14,6%
Finanzanlagen Anlagevermögen	0	0	**0**	**0,0%**
Bankverbindlichkeiten	0	0	**0**	**0,0%**
	88	**103**	**-15**	**-14,6%**

Akademie der bildenden Künste
1010 Wien, Schillerplatz 3

Wirtschaftliche Verhältnisse
Vermögens- und Kapitalstruktur

	2024		2023		Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
AKTIVA					
Anlagevermögen					
Immaterielle Vermögensgegenstände	27.626	44,71	28.795	46,79	-1.169
Sachanlagen	10.042	16,25	9.053	14,71	989
Finanzanlagen	6.207	10,04	1.342	2,18	4.864
Summe Anlagevermögen	**43.875**	**71,00**	**39.190**	**63,68**	**4.684**
Umlaufvermögen					
Vorräte	99	0,17	78	0,13	20
Forderungen aus Leistungen	70	0,11	287	0,47	-217
sonstige Forderungen und Vermögens-gegenstände	268	0,44	731	1,19	-463
liquide Mittel	17.149	27,75	20.865	33,90	-3.716
ARA	336	0,54	390	0,63	-54
Summe Umlaufvermögen	**17.922**	**29,01**	**22.351**	**36,32**	**-4.429**
Summe AKTIVA	**61.796**	**100,00**	**61.541**	**100,00**	**256**
PASSIVA					
Eigenmittel					
Eigenkapital	**15.603**	**25,25**	**10.939**	**17,77**	**4.665**
Investitionszuschüsse	31.434	50,87	31.446	51,10	-11
Summe Eigenmittel im weiteren Sinn	**47.038**	**76,12**	**42.384**	**68,87**	**4.653**
Fremdmittel					
Rückstellungen					
Abfertigungsrückstellungen	1.453	2,35	1.680	2,73	-227
sonstige Rückstellungen langfristig	2.649	4,29	1.818	2,95	831
sonstige Rückstellungen kurzfristig	5.004	8,10	4.593	7,46	410
Summe Rückstellungen	**9.106**	**14,74**	**8.091**	**13,14**	**1.015**
langfristige Verbindlichkeiten					
sonstige Verbindlichkeiten	20	0,01	20	0,03	0
Summe langfristige Verbindlichkeiten	**20**	**0,01**	**20**	**0,03**	**0**
kurzfristige Verbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	833	1,35	1.435	2,33	-602
sonstige Verbindlichkeiten	1.138	1,84	1.105	1,80	33
PRA	3.662	5,93	8.505	13,82	-4.843
Summe kurzfristige Verbindlichkeiten	**5.632**	**9,12**	**11.045**	**17,95**	**-5.413**
Summe Fremdmittel	**14.759**	**23,87**	**19.156**	**31,12**	**-4.398**
Summe PASSIVA	**61.796**	**100,00**	**61.541**	**100,00**	**256**

Akademie der bildenden Künste
1010 Wien, Schillerplatz 3

Ertragslage

	2024		2023		Veränderungen (Ergebnisauswirkung)	
	TEUR	**%**	**TEUR**	**%**	**TEUR**	**%**
Umsatzerlöse	52.653	100,00	42.908	100,00	9.745	22,7
Betriebsleistung	**52.653**	**100,00**	**42.908**	**100,00**	**9.745**	**22,7**
Aufwendungen für Sachmittel und sonstige bezogene Herstellungsleistungen	-481	-0,91	-500	-1,17	19	3,9
Bruttoergebnis	**52.172**	**99,09**	**42.408**	**98,83**	**9.764**	**23,0**
Personalaufwand	-29.360	-55,76	-26.605	-62,00	-2.756	-10,4
Abschreibungen	-3.337	-6,34	-3.006	-7,01	-331	-11,0
sonstige betriebliche Aufwendungen	-17.418	-33,08	-15.379	-35,84	-2.039	-13,3
sonstige betriebliche Erträge	2.318	4,40	2.549	5,94	-230	-9,0
Betriebsergebnis	**4.376**	**8,31**	**-33**	**-0,08**	**4.408**	**13.535,0**
Finanzergebnis	430	0,82	367	0,86	63	17,2
Ergebnis der gewöhnlichen Universitätstätigkeit	**4.806**	**9,13**	**334**	**0,78**	**4.471**	**1.337,3**
Ertragsteuern	-141	-0,27	-90	-0,21	-51	
Jahresfehlbetrag	**4.664**	**8,86**	**244**	**0,57**	**4.420**	

Finanzlage

Kapitalflussrechnung

	2024 TEUR	2023 TEUR
Jahresüberschuss	4.664	244
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	3.337	3.006
Verluste aus dem Abgang vom Anlagevermögen	6	3
Verwendung Investitionszuschüsse	-2.124	-1.915
Veränderung langfristiger Rückstellungen	605	-179
CASH FLOW AUS DEM ERGEBNIS	**6.487**	**1.159**
Veränderung von Vorräten und Aktiver Rechnungsabgrenzung	34	-58
Veränderung von erhaltenen Anzahlungen und Passiver Rechnungsabgrenzung	-4.843	6.460
Veränderung von Forderungen aus Leistungen und sonstigen Forderungen und Vermögens-gegenständen	680	-666
Veränderung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstigen Verbindlichkeiten	-569	981
Veränderung von kurzfristigen Rückstellungen	410	-39
CASH FLOW AUS DEM OPERATIVEN BEREICH	**2.199**	**7.838**
Investitionen ins Anlagevermögen	-9.369	-1.821
Zugänge von Investitionszuschüssen	2.112	678
Buchwerte abgegangener Anlagen	1.348	-3
Verluste aus dem Abgang vom Anlagevermögen	-6	3
CASH FLOW AUS INVESTITIONSAKTIVITÄTEN	**-5.914**	**-1.143**
CASH FLOW AUS FINANZIERUNGSAKTIVITÄTEN	**0**	**0**
VERÄNDERUNG DER LIQUIDEN MITTEL	**-3.716**	**6.695**
Anfangsbestand der liquiden Mittel	20.865	14.170
Endbestand der liquiden Mittel	17.149	20.865

KAMMER DER STEUERBERATER:INNEN UND WIRTSCHAFTSPRÜFER:INNEN

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe (AAB 2018)

Zur Verfügung gestellt vom Vorstand der Kammer der Steuerberater:innen und Wirtschaftsprüfer:innen

Präambel und Allgemeines

(1) Auftrag im Sinne dieser Bedingungen meint jeden Vertrag über vom zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten in Ausübung dieses Berufes zu erbringende Leistungen (sowohl faktische Tätigkeiten als auch die Besorgung oder Durchführung von Rechtsgeschäften oder Rechtshandlungen, jeweils im Rahmen der §§ 2 oder 3 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017). Die Parteien des Auftrages werden in Folge zum einen „Auftragnehmer", zum anderen „Auftraggeber" genannt).

(2) Diese Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe gliedern sich in zwei Teile: Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Aufträge, bei denen die Auftragserteilung zum Betrieb des Unternehmens des Auftraggebers (Unternehmer iSd KSchG) gehört. Für Verbrauchergeschäfte gemäß Konsumentenschutzgesetz (Bundesgesetz vom 8.3.1979/BGBl Nr.140 in der derzeit gültigen Fassung) gelten sie insoweit der II. Teil keine abweichenden Bestimmungen für diese enthält.

(3) Im Falle der Unwirksamkeit einer einzelnen Bestimmung ist diese durch eine wirksame, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

I.TEIL

1. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Der Umfang des Auftrages ergibt sich in der Regel aus der schriftlichen Auftragsvereinbarung zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer. Fehlt diesbezüglich eine detaillierte schriftliche Auftragsvereinbarung gilt im Zweifel (2)-(4):

(2) Bei Beauftragung mit Steuerberatungsleistungen umfasst die Beratungstätigkeit folgende Tätigkeiten:
a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommen- oder Körperschaftsteuer sowie Umsatzsteuer und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden oder (bei entsprechender Vereinbarung) vom Auftragnehmer erstellten Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise. Wenn nicht ausdrücklich anders vereinbart, sind die für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise vom Auftraggeber beizubringen.
b) Prüfung der Bescheide zu den unter a) genannten Erklärungen.
c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden.
d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
e) Mitwirkung im Rechtsmittelverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.
Erhält der Auftragnehmer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(3) Soweit die Ausarbeitung von einer oder mehreren Jahressteuererklärung(en) zum übernommenen Auftrag zählt, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Prüfung, ob alle in Betracht kommenden insbesondere umsatzsteuerrechtlichen Begünstigungen wahrgenommen worden sind, es sei denn, hierüber besteht eine nachweisliche Beauftragung.

(4) Die Verpflichtung zur Erbringung anderer Leistungen gemäß §§ 2 und 3 WTBG 2017 bedarf jedenfalls nachweislich einer gesonderten Beauftragung.

(5) Vorstehende Absätze (2) bis (4) gelten nicht bei Sachverständigentätigkeit.

(6) Es bestehen keinerlei Pflichten des Auftragnehmers zur Leistungserbringung, Warnung oder Aufklärung über den Umfang des Auftrages hinaus.

(7) Der Auftragnehmer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages geeigneter Mitarbeiter und sonstiger Erfüllungsgehilfen (Subunternehmer) zu bedienen, als auch sich bei der Durchführung des Auftrages durch einen Berufsbefugten substituieren zu lassen. Mitarbeiter im Sinne dieser Bedingungen meint alle Personen, die den Auftragnehmer auf regelmäßiger oder dauerhafter Basis bei seiner betrieblichen Tätigkeit unterstützen, unabhängig von der Art der rechtsgeschäftlichen Grundlage.

(8) Der Auftragnehmer hat bei der Erbringung seiner Leistungen ausschließlich österreichisches Recht zu berücksichtigen; ausländisches Recht ist nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen.

(9) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung, so ist der Auftragnehmer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgen hinzuweisen. Dies gilt auch für in sich abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(10) Der Auftraggeber ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die von ihm zur Verfügung gestellten Daten vom Auftragnehmer im Rahmen der Leistungserbringung verarbeitet werden dürfen. Diesbezüglich hat der Auftraggeber insbesondere aber nicht ausschließlich die anwendbaren datenschutz- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen zu beachten.

(11) Bringt der Auftragnehmer bei einer Behörde ein Anbringen elektronisch ein, so handelt er – mangels ausdrücklicher gegenteiliger Vereinbarung – lediglich als Bote und stellt dies keine ihm oder einem einreichend Bevollmächtigten zurechenbare Willens- oder Wissenserklärung dar.

(12) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Personen, die während des Auftragsverhältnisses Mitarbeiter des Auftragnehmers sind oder waren, während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Auftragnehmer verpflichtet.

2. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Auftragnehmer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen zum vereinbarten Termin und in Ermangelung eines solchen rechtzeitig in geeigneter Form vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Auftragnehmers bekannt werden.

(2) Der Auftragnehmer ist berechtigt, die ihm erteilten Auskünfte und übergebenen Unterlagen des Auftraggebers, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig anzusehen und dem Auftrag zu Grunde zu legen. Der Auftragnehmer ist ohne gesonderten schriftlichen Auftrag nicht verpflichtet, Unrichtigkeiten fest zu stellen. Insbesondere gilt dies auch für die Richtigkeit und Vollständigkeit von Rechnungen. Stellt er allerdings Unrichtigkeiten fest, so hat er dies dem Auftraggeber bekannt zu geben. Er hat im Finanzstrafverfahren die Rechte des Auftraggebers zu wahren.

(3) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen.

(4) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risiken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit diese Risiken schlagend werden keinerlei Ersatzpflichten.

(5) Vom Auftragnehmer angegebene Termine und Zeitpläne für die Fertigstellung von Produkten des Auftragnehmers oder Teilen davon sind bestmögliche Schätzungen und, sofern nicht anders schriftlich vereinbart, nicht bindend. Selbiges gilt für etwaige Honorarschätzungen: diese werden nach bestem Wissen erstellt; sie sind jedoch stets unverbindlich.

(6) Der Auftraggeber hat dem Auftragnehmer jeweils aktuelle Kontaktdaten (insbesondere Zustelladresse) bekannt zu geben. Der Auftragnehmer darf sich bis zur Bekanntgabe neuer Kontaktdaten auf die Gültigkeit der zuletzt vom Auftraggeber bekannt gegebenen Kontaktdaten verlassen, insbesondere Zustellung an die zuletzt bekannt gegebene Adresse vornehmen lassen.

3. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Auftragnehmers gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass seine hierfür notwendigen personenbezogenen Daten sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen und Interessenkollisionen in einem allfälligen Netzwerk, dem der Auftragnehmer angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder dieses Netzwerkes auch ins Ausland übermittelt werden. Hierfür entbindet der Auftraggeber den Auftragnehmer nach dem Datenschutzgesetz und gemäß § 80 Abs 4 Z 2 WTBG 2017 ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber kann die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht jederzeit widerrufen.

4. Berichterstattung und Kommunikation

(1) (Berichterstattung durch den Auftragnehmer) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) (Kommunikation an den Auftraggeber) Alle auftragsbezogenen Auskünfte und Stellungnahmen, einschließlich Berichte, (allesamt Wissenserklärungen) des Auftragnehmers, seiner Mitarbeiter, sonstiger Erfüllungsgehilfen oder Substitute („berufliche Äußerungen“) sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen. Berufliche Äußerungen in elektronischen Dateiformaten, welche per Fax oder E-Mail oder unter Verwendung ähnlicher Formen der elektronischen Kommunikation (speicher- und wiedergabefähig und nicht mündlich dh zB SMS aber nicht Telefon) erfolgen, übermittelt oder bestätigt werden, gelten als schriftlich; dies gilt ausschließlich für berufliche Äußerungen. Das Risiko der Erteilung der beruflichen Äußerungen durch dazu Nichtbefugte und das Risiko der Übersendung dieser trägt der Auftraggeber.

(3) (Kommunikation an den Auftraggeber) Der Auftraggeber stimmt hiermit zu, dass der Auftragnehmer elektronische Kommunikation mit dem Auftraggeber (zB via E-Mail) in unverschlüsselter Form vornimmt. Der Auftraggeber erklärt, über die mit der Verwendung elektronischer Kommunikation verbundenen Risiken (insbesondere Zugang, Geheimhaltung, Veränderung von Nachrichten im Zuge der Übermittlung) informiert zu sein. Der Auftragnehmer, seine Mitarbeiter, sonstigen Erfüllungsgehilfen oder Substitute haften nicht für Schäden, die durch die Verwendung elektronischer Kommunikationsmittel verursacht werden.

(4) (Kommunikation an den Auftragnehmer) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Auftragnehmer und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung mit automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen Formen der elektronischen Kommunikation – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Auftragnehmer nur dann als zugegangen, wenn sie auch physisch (nicht (fern-)mündlich oder elektronisch) zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Auftragnehmer gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(5) (Allgemein) Schriftlich meint insoweit in Punkt 4 (2) nicht anderes bestimmt, Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit). Eine fortgeschrittene elektronische Signatur (Art. 26 eIDAS-VO, (EU) Nr. 910/2014) erfüllt das Erfordernis der Schriftlichkeit iSd § 886 ABGB (Unterschriftlichkeit), soweit dies innerhalb der Parteiendisposition liegt.

(6) (Werbliche Information) Der Auftragnehmer wird dem Auftraggeber wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch (zB per E-Mail) übermitteln. Der Auftraggeber nimmt zur Kenntnis, dass er das Recht hat, der Zusendung von Direktwerbung jederzeit zu widersprechen.

5. Schutz des geistigen Eigentums des Auftragnehmers

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Auftragnehmer erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers.
(2) Die Verwendung schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Auftragnehmer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Auftragnehmer verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Auftragnehmers vorbehalten.

6. Mängelbeseitigung

(1) Der Auftragnehmer ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner schriftlichen als auch mündlichen beruflichen Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hiervon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche berufliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Auftragnehmers bzw. – falls eine schriftliche berufliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Auftragnehmers.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 7.

7. Haftung

(1) Sämtliche Haftungsregelungen gelten für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis, gleich aus welchem Rechtsgrund. Der Auftragnehmer haftet für Schäden im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis (einschließlich dessen Beendigung) nur bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit. Die Anwendbarkeit des § 1298 Satz 2 ABGB wird ausgeschlossen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Auftragnehmers höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 (WTBG 2017) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Die Beschränkung der Haftung gemäß Punkt 7 (2) bezieht sich auf den einzelnen Schadensfall. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinander folgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als eine einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem und wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. Ein einheitlicher Schaden bleibt ein einzelner Schadensfall, auch wenn er auf mehreren Pflichtverletzungen beruht. Weiters ist, außer bei vorsätzlicher Schädigung, eine Haftung des Auftragnehmers für entgangenen Gewinn sowie Begleit-, Folge-, Neben- oder ähnliche Schäden, ausgeschlossen.

(4) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(5) Im Falle der (tatbestandsmäßigen) Anwendbarkeit des § 275 UGB gelten dessen Haftungsnormen auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtende Handlungen begangen worden sind und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(6) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(7) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt, so gelten mit Benachrichtigung des Auftraggebers darüber nach Gesetz oder Vertrag be- oder entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatzansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Auftragnehmer haftet, unbeschadet Punkt 4. (3), diesfalls nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(8) Eine Haftung des Auftragnehmers Dritten gegenüber ist in jedem Fall ausgeschlossen. Geraten Dritte mit der Arbeit des Auftragnehmers wegen des Auftraggebers in welcher Form auch immer in Kontakt hat der Auftraggeber diese über diesen Umstand ausdrücklich aufzuklären. Soweit

ein solcher Haftungsausschluss gesetzlich nicht zulässig ist oder eine Haftung gegenüber Dritten vom Auftragnehmer ausnahmsweise übernommen wurde, gelten subsidiär diese Haftungsbeschränkungen jedenfalls auch gegenüber Dritten. Dritte können jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt. Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer und dessen Mitarbeiter von sämtlichen Ansprüchen Dritter im Zusammenhang mit der Weitergabe schriftlicher als auch mündlicher beruflicher Äußerungen des Auftragnehmers an diese Dritte schad- und klaglos halten.

(9) Punkt 7 gilt auch für allfällige Haftungsansprüche des Auftraggebers im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis gegenüber Dritten (Erfüllungs- und Besorgungsgehilfen des Auftragnehmers) und den Substituten des Auftragnehmers.

8. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Auftragnehmer ist gemäß § 80 WTBG 2017 verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Soweit es zur Verfolgung von Ansprüchen des Auftragnehmers (insbesondere Ansprüche auf Honorar) oder zur Abwehr von Ansprüchen gegen den Auftragnehmer (insbesondere Schadenersatzansprüche des Auftraggebers oder Dritter gegen den Auftragnehmer) notwendig ist, ist der Auftragnehmer von seiner beruflichen Verschwiegenheitspflicht entbunden.

(3) Der Auftragnehmer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche berufliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hierzu besteht.

(4) Der Auftragnehmer ist datenschutzrechtlich Verantwortlicher im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) hinsichtlich aller im Rahmen des Auftrages verarbeiteter personenbezogenen Daten. Der Auftragnehmer ist daher befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Grenzen des Auftrages zu verarbeiten. Dem Auftragnehmer überlassene Materialien (Papier und Datenträger) werden grundsätzlich nach Beendigung der diesbezüglichen Leistungserbringung dem Auftraggeber oder an vom Auftraggeber namhaft gemachte Dritte übergeben oder wenn dies gesondert vereinbart ist vom Auftragnehmer verwahrt oder vernichtet. Der Auftragnehmer ist berechtigt Kopien davon aufzubewahren soweit er diese zur ordnungsgemäßen Dokumentation seiner Leistungen benötigt oder es rechtlich geboten oder berufsüblich ist.

(5) Sofern der Auftragnehmer den Auftraggeber dabei unterstützt, die den Auftraggeber als datenschutzrechtlich Verantwortlichen treffenden Pflichten gegenüber Betroffenen zu erfüllen, so ist der Auftragnehmer berechtigt, den entstandenen tatsächlichen Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Gleiches gilt, für den Aufwand der für Auskünfte im Zusammenhang mit dem Auftragsverhältnis anfällt, die nach Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht durch den Auftraggeber gegenüber Dritten diesen Dritten erteilt werden.

9. Rücktritt und Kündigung („Beendigung“)

(1) Die Erklärung der Beendigung eines Auftrags hat schriftlich zu erfolgen (siehe auch Punkt. 4 (4) und (5)). Das Erlöschen einer bestehenden Vollmacht bewirkt keine Beendigung des Auftrags.

(2) Soweit nicht etwas anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung beendigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 11.

(3) Ein Dauerauftrag (befristeter oder unbefristeter Auftrag über, wenn auch nicht ausschließlich, die Erbringung wiederholter Einzelleistungen, auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten („Beendigungsfrist“) zum Ende eines Kalendermonats beendet werden.

(4) Nach Erklärung der Beendigung eines Dauerauftrags – sind, soweit im Folgenden nicht abweichend bestimmt, nur jene einzelnen Werke vom Auftragnehmer noch fertigzustellen (verbleibender Auftragsstand), deren vollständige Ausführung innerhalb der Beendigungsfrist (grundsätzlich) möglich ist, soweit diese innerhalb eines Monats nach Beginn des Laufs der Beendigungsfrist dem Auftraggeber schriftlich im Sinne des Punktes 4 (2) bekannt gegeben werden. Der verbleibende Auftragsstand ist innerhalb der Beendigungsfrist fertig zu stellen, sofern sämtliche erforderlichen Unterlagen rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund vorliegt, der dies hindert.

(5) Wären bei einem Dauerauftrag mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die über 2 hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Bekanntgabe gemäß Punkt 9 (4) gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

10. Beendigung bei Annahmeverzug und unterlassener Mitwirkung des Auftraggebers und rechtlichen Ausführungshindernissen

(1) Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Auftragnehmer angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 2. oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Auftragnehmer zur fristlosen Beendigung des Vertrages berechtigt. Gleiches gilt, wenn der Auftraggeber eine (auch teilweise) Durchführung des Auftrages verlangt, die, nach begründetem Dafürhalten des Auftragnehmers, nicht der Rechtslage oder berufsüblichen Grundsätzen entspricht. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 11. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Auftragnehmers auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Auftragnehmer von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

(2) Bei Verträgen über die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ist eine fristlose Beendigung durch den Auftragnehmer gemäß Punkt 10 (1) zulässig, wenn der Auftraggeber seiner Mitwirkungspflicht gemäß Punkt 2. (1) zweimal nachweislich nicht nachkommt.

11. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Rücktritt oder Kündigung), so gebührt dem Auftragnehmer gleichwohl das vereinbarte Entgelt (Honorar), wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Auftraggebers liegen, ein bloßes Mitverschulden des Auftragnehmers bleibt diesbezüglich außer Ansatz, daran gehindert worden ist; der Auftragnehmer braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Bei Beendigung eines Dauerauftrags gebührt das vereinbarte Entgelt für den verbleibenden Auftragsstand, sofern er fertiggestellt wird oder dies aus Gründen, die dem Auftraggeber zuzurechnen sind, unterbleibt (auf Punkt 11. (1) wird verwiesen). Vereinbarte Pauschalhonorare sind gegebenenfalls zu aliquotieren.

(3) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Auftragnehmer auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Punkt 11. (1).

(4) Bei Nichteinhaltung der Beendigungsfrist gemäß Punkt 9. (3) durch den Auftraggeber, sowie bei Vertragsauflösung gemäß Punkt 10. (2) durch den Auftragnehmer behält der Auftragnehmer den vollen Honoraranspruch für drei Monate.

12. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit vereinbart ist, wird jedenfalls gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessene Entlohnung geschuldet. Höhe und Art des Honoraranspruchs des Auftragnehmers ergeben sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen.

(2) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine Viertelstunde.

(3) Auch die Wegzeit wird im notwendigen Umfang verrechnet.

(4) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Auftragnehmers notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(5) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder auf Grund besonderer Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so hat der Auftragnehmer den Auftraggeber darauf hinzuweisen und sind Nachverhandlungen zur Vereinbarung eines angemessenen Entgelts zu führen (auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren).

(6) Der Auftragnehmer verrechnet die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich. Beispielhaft aber nicht abschließend im Folgenden (7) bis (9):

(7) Zu den verrechenbaren Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse), Diäten, Kilometergeld, Kopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(8) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien (inkl. Versicherungssteuer) zu den Nebenkosten.

(9) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(10) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Auftragnehmern übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(11) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der in § 456 1. und 2. Satz UGB festgelegten Höhe.

(12) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(13) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Auftragnehmer Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(14) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

(15) Falls bei Aufträgen betreffend die Führung der Bücher, die Vornahme der Personalsachbearbeitung oder Abgabenverrechnung ein Pauschalhonorar vereinbart ist, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarung die Vertretungstätigkeit im Zusammenhang mit abgaben- und beitragsrechtlichen Prüfungen aller Art einschließlich der Abschluss von Vergleichen über Abgabenbemessungs- oder Beitragsgrundlagen, Berichterstattung, Rechtsmittelerhebung uä gesondert zu honorieren. Sofern nichts anderes schriftlich vereinbart ist, gilt das Honorar als jeweils für ein Auftragsjahr vereinbart.

(16) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen im Zusammenhang mit den im Punkt 12. (15) genannten Tätigkeiten, insbesondere Feststellungen über das prinzipielle Vorliegen einer Pflichtversicherung, erfolgt nur aufgrund eines besonderen Auftrages.

(17) Der Auftragnehmer kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte) Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Bei Daueraufträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen (sowie allfälliger Vorschüsse gemäß Satz 1) verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(18) Eine Beanstandung der Arbeiten des Auftragnehmers berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur auch nur teilweisen Zurückhaltung der ihm nach Punkt 12. zustehenden Honorare, sonstigen Entgelte, Kostenersätze und Vorschüsse (Vergütungen).

(19) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Auftragnehmers auf Vergütungen nach Punkt 12. ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

13. Sonstiges

(1) Im Zusammenhang mit Punkt 12. (17) wird auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) verwiesen; wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Auftragnehmer grundsätzlich gemäß Punkt 7. aber in Abweichung dazu nur bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung.

(2) Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Ausfolgung von im Zuge der Auftragserfüllung vom Auftragnehmer erstellten Arbeitspapieren und ähnlichen Unterlagen. Im Falle der Auftragserfüllung unter Einsatz elektronischer Buchhaltungssysteme ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Übergabe sämtlicher vom Auftragnehmer auftragsbezogen damit erstellter Daten, für die den Auftraggeber eine Aufbewahrungspflicht trifft, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder, die Daten zu löschen. Für die Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12 gilt sinngemäß). Ist eine Übergabe dieser Daten in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format aus besonderen Gründen unmöglich oder untunlich, können diese ersatzweise im Vollausdruck übergeben werden. Eine Honorierung steht diesfalls dafür nicht zu.

(3) Der Auftragnehmer hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Auftragnehmer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die der Auftraggeber in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach den für den Auftragnehmer geltenden rechtlichen Bestimmungen zur Verhinderung von Geldwäsche unterliegen. Der Auftragnehmer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Sind diese Unterlagen bereits einmal an den Auftraggeber übermittelt worden so hat der Auftragnehmer Anspruch auf ein angemessenes Honorar (Punkt 12. gilt sinngemäß).

(4) Der Auftraggeber hat die dem Auftragsnehmer übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Auftragnehmer nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber, übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder ein angemessenes Honorar in Rechnung stellen (Punkt 12. gilt sinngemäß). Die weitere Aufbewahrung kann auch auf Kosten des Auftraggebers durch Dritte erfolgen. Der Auftragnehmer haftet im Weiteren nicht für Folgen aus Beschädigung, Verlust oder Vernichtung der Unterlagen.

(5) Der Auftragnehmer ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Auftragnehmers rechnen musste.

(6) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Auftragnehmer berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

14. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt ausschließlich österreichisches Recht unter Ausschluss des nationalen Verweisungsrechts.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Auftragnehmers.

(3) Gerichtsstand ist – mangels abweichender schriftlicher Vereinbarung – das sachlich zuständige Gericht des Erfüllungsortes.

II. TEIL

15. Ergänzende Bestimmungen für Verbrauchergeschäfte

(1) Für Verträge zwischen Wirtschaftstreuhändern und Verbrauchern gelten die zwingenden Bestimmungen des Konsumentenschutzgesetzes.

(2) Der Auftragnehmer haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(3) Anstelle der im Punkt 7 Abs 2 normierten Begrenzung ist auch im Falle grober Fahrlässigkeit die Ersatzpflicht des Auftragnehmers nicht begrenzt.

(4) Punkt 6 Abs 2 (Frist für Mängelbeseitigungsanspruch) und Punkt 7 Abs 4 (Geltendmachung der Schadenersatzansprüche innerhalb einer bestimmten Frist) gilt nicht.

(5) Rücktrittsrecht gemäß § 3 KSchG:

Hat der Verbraucher seine Vertragserklärung nicht in den vom Auftragnehmer dauernd benützten Kanzleiräumen abgegeben, so kann er von seinem Vertragsantrag oder vom Vertrag zurücktreten. Dieser Rücktritt kann bis zum Zustandekommen des Vertrages oder danach binnen einer Woche erklärt werden; die Frist beginnt mit der Ausfolgung einer Urkunde, die zumindest den Namen und die Anschrift des Auftragnehmers sowie eine Belehrung über das Rücktrittsrecht enthält, an den Verbraucher, frühestens jedoch mit dem Zustandekommen des Vertrages zu laufen. Das Rücktrittsrecht steht dem Verbraucher nicht zu,

1. wenn er selbst die geschäftliche Verbindung mit dem Auftragnehmer oder dessen Beauftragten zwecks Schließung dieses Vertrages angebahnt hat,

2. wenn dem Zustandekommen des Vertrages keine Besprechungen zwischen den Beteiligten oder ihren Beauftragten vorangegangen sind oder

3. bei Verträgen, bei denen die beiderseitigen Leistungen sofort zu erbringen sind, wenn sie üblicherweise von Auftragnehmern außerhalb ihrer Kanzleiräume geschlossen werden und das vereinbarte Entgelt € 15 nicht übersteigt.

Der Rücktritt bedarf zu seiner Rechtswirksamkeit der Schriftform. Es genügt, wenn der Verbraucher ein Schriftstück, das seine Vertragserklärung oder die des Auftragnehmers enthält, dem Auftragnehmer mit einem Vermerk zurückstellt, der erkennen lässt, dass der Verbraucher das Zustandekommen oder die Aufrechterhaltung des Vertrages ablehnt. Es genügt, wenn die Erklärung innerhalb einer Woche abgesendet wird.

Tritt der Verbraucher gemäß § 3 KSchG vom Vertrag zurück, so hat Zug um Zug

1. der Auftragnehmer alle empfangenen Leistungen samt gesetzlichen Zinsen vom Empfangstag an zurückzuerstatten und den vom Verbraucher auf die Sache gemachten notwendigen und nützlichen Aufwand zu ersetzen,

2. der Verbraucher dem Auftragnehmer den Wert der Leistungen zu vergüten, soweit sie ihm zum klaren und überwiegenden Vorteil gereichen.

Gemäß § 4 Abs 3 KSchG bleiben Schadenersatzansprüche unberührt.

(6) Kostenvoranschläge gemäß § 5 KSchG:

Für die Erstellung eines Kostenvoranschlages im Sinn des § 1170a ABGB durch den Auftragnehmer hat der Verbraucher ein Entgelt nur dann zu zahlen, wenn er vorher auf diese Zahlungspflicht hingewiesen worden ist.

Wird dem Vertrag ein Kostenvoranschlag des Auftragnehmers zugrunde gelegt, so gilt dessen Richtigkeit als gewährleistet, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich erklärt ist.

(7) Mängelbeseitigung: Punkt 6 wird ergänzt:

Ist der Auftragnehmer nach § 932 ABGB verpflichtet, seine Leistungen zu verbessern oder Fehlendes nachzutragen, so hat er diese Pflicht zu erfüllen, an dem Ort, an dem die Sache übergeben worden ist. Ist es für den Verbraucher tunlich, die Werke und Unterlagen vom Auftragnehmer gesendet zu erhalten, so kann dieser diese Übersendung auf seine Gefahr und Kosten vornehmen.

(8) Gerichtsstand: Anstelle Punkt 14. (3) gilt:

Hat der Verbraucher im Inland seinen Wohnsitz oder seinen gewöhnlichen Aufenthalt oder ist er im Inland beschäftigt, so kann für eine Klage gegen ihn nach den §§ 88, 89, 93 Abs 2 und 104 Abs1 JN nur die Zuständigkeit eines Gerichtes begründet werden, in dessen Sprengel der Wohnsitz, der gewöhnliche Aufenthalt oder der Ort der Beschäftigung liegt.

(9) Verträge über wiederkehrende Leistungen:

(a) Verträge, durch die sich der Auftragnehmer zu Werkleistungen und der Verbraucher zu wiederholten Geldzahlungen verpflichten und die für eine unbestimmte oder eine ein Jahr übersteigende Zeit geschlossen worden sind, kann der Verbraucher unter Einhaltung einer zweimonatigen Frist zum Ablauf des ersten Jahres, nachher zum Ablauf jeweils eines halben Jahres kündigen.

(b) Ist die Gesamtheit der Leistungen eine nach ihrer Art unteilbare Leistung, deren Umfang und Preis schon bei der Vertragsschließung bestimmt sind, so kann der erste Kündigungstermin bis zum Ablauf des zweiten Jahres hinausgeschoben werden. In solchen Verträgen kann die Kündigungsfrist auf höchstens sechs Monate verlängert werden.

(c) Erfordert die Erfüllung eines bestimmten, in lit. a) genannten Vertrages erhebliche Aufwendungen des Auftragnehmers und hat er dies dem Verbraucher spätestens bei der Vertragsschließung bekannt gegeben, so können den Umständen angemessene, von den in lit. a) und b) genannten abweichende Kündigungstermine und Kündigungsfristen vereinbart werden.

(d) Eine Kündigung des Verbrauchers, die nicht fristgerecht ausgesprochen worden ist, wird zum nächsten nach Ablauf der Kündigungsfrist liegenden Kündigungstermin wirksam.